

# Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.  
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262  
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer, Berlin  
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148  
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend  
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt  
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

## Des Dritten Reichs erste Woche

Wir haben in Deutschland etwa 7 Millionen ganz erwerbslose Lohnarbeiter. Sie leben fast alle von den Krümen der öffentlichen Fürsorge, oder selbst ohne die, weil sie ausgesteuert sind oder der Bedürftigkeitsprüfung nicht standhalten. Außer diesen Opfern der kapitalistischen Mißwirtschaft gibt es noch ein paar Millionen Bauern, deren wirtschaftliche Lage kaum besser ist. Man betrachte jetzt die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und erwäge, wieviel davon auf den Zwischenhandel entfällt. Die Rechnung ergibt, daß der Bauer den Ertrag seiner mühseligen Arbeit verschleudert, verschleudern muß, um ihn überhaupt loszuwerden, weil die Masse der städtischen Verbraucher nicht kaufkräftig genug ist. Zu den erwerbslosen Lohnarbeitern und verelendenden Bauern fügt sich eine Unmasse von Geschäftsleuten, die umsonst auf Kunden wartet. Wie groß ihre Zahl ist, zeigen die Konkurslisten und die leeren Verkaufs- und Fabrikationsräume.

An den Stempelstellen treffen die einstigen Geschäftsleute mit ihren einstigen Kunden, den erwerbslosen Arbeitern und Angestellten, wieder zusammen. Beide sind zu Schicksalsgenossen geworden — und werden es noch lange bleiben? Nicht doch! Millionen von den hungernden Arbeitern, Bauern und Geschäftsleuten wurden von einer neuen Hoffnung erfüllt. Eine ermutigende Verheißung ist ihnen allen zuteil geworden: das Dritte Reich! Es sei die Erlösung von der scheußlichen Misere. Und die Erlösung werde beginnen gleich mit dem Regierungsantritt der Nationalsozialisten.

Die Nationalsozialisten sind nun in der Reichsregierung und mit ihnen gleich würdige Kräfte des nationalen Aufbaues. Das Dritte Reich hätte somit begonnen. Der große Führer hat ausdrücklich verkündet, daß die Verelendung der Bauern wie die Arbeitslosigkeit in vier Jahren endgültig beseitigt seien. Vier Jahre, das sind 208 Wochen. Die erste Woche der Amtszeit ist vorbei, der erste Schritt von den 208 der nationalen Regierung auf dem Weg zur Erlösung ist getan. Auf diesem kurzen Wege hat diese Regierung, das kann nicht bestritten werden, schon außerordentlich viel geleistet. Alle Leistungen aufzuzählen, macht selbst dem gewissenhaftesten Chronisten Schwierigkeit.

Zuvörderst hat die nationale Regierung den Reichstag aufgelöst und Neuwahlen für den 5. März ausgeschrieben. Es wird schlankweg behauptet, die Heim-schickung der Volksvertreter sei nur deswegen geschehen, um eine Erörterung des Osthilfeskandals im Reichstag zu unterbinden. Es verlaubbart nämlich, daß von den 500 Millionen Mark, Geld der Steuerzahler, die ostpreussischen Junker den Löwenanteil geschluckt hätten, während die wirklich notleidenden Bauern mehr oder weniger leer ausgegangen seien. Um genauer zu sein: von den 769 000 Kleinstbauern des Osthilfegebiets hätte kein einziger einen Groschen aus der Osthilfe erhalten, von den 529 000 Großbauern hätte erst jeder fünf und vierzigste ein Darlehn bekommen, von den 13 000 Großgrundbesitzern aber hätte jeder siebente aus der Osthilfe das verlangte Geld empfangen. Unter den großen Osthilfegewinnlern befinden sich gar manche, die nicht gerade als notleidend anzusprechen sind. Derart garstige Sachen zu besprechen, konnte die Regierung nicht dulden. Wer weiß, was da noch alles herausgekommen wäre! Darum die Auflösung des Reichstags.

Weiter hat die Regierung in der ersten Woche ihres Schaltens den Preussischen Landtag aufgelöst. Das machte etliche Schwierigkeit. Der Landtag selbst lehnte seine Auflösung ab. Das gleiche tat der Dreimänner-Ausschuß, der sich aus dem Ministerpräsidenten Braun, dem Landtagsvorsitzenden Kerl und dem Staatsratspräsidenten Dr. Adenauer zusammensetzte. Bei solchen Kleinigkeiten jedoch hat sich die Reichsregierung nicht aufgehalten. Sie setzte einfach die Preussische Regierung ab und ersetzte den Ministerpräsidenten Braun durch Herrn von Papen. Dadurch hatte man die Mehrheit in dem Ausschuß. Der Landtag konnte nun aufgelöst werden. Man darf das einer Regierung nicht verargen, die auf die nationale Erneuerung aus ist.

Ferner hat die Regierung eine Notverordnung gegen die Versammlungs- und Pressefreiheit erlassen. Die Verordnung ist dermaßen dehnbar, daß es mit ihr gelingt, so ziemlich jede Versammlung oder Zeitung unmöglich zu machen. Jede Versammlung kann polizeilich überwacht und leicht aufgelöst werden. Jede Druckschrift kann beschlagnahmt und verboten werden, wenn sie zum Ungehorsam oder zum Generalstreik oder einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe anreizt. Man wird das eine Vergewaltigung des freien Wortes oder der Kritik und des Streikrechtes der Arbeiter nennen. Allein, diese Notverordnung wurde erlassen „zum Schutze des deutschen Volkes“, der einer aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen bestehenden Regierung natürlich besonders am Herzen liegt.

Die von wirtschaftlichem Elend drangsalieren Millionen, die vom Dritten Reich Erleichterung ihrer Qual erwarten, werden fragen, was nun eigentlich für sie in der ersten Woche der Heilswerdung getan worden sei. O, sehr

viel. Sie sollten begreifen, daß die Auflösung des Reichstags wie des Preussischen Landtags (und der Gemeindevertretungen Preußens), als auch die Notverordnung gegen die Versammlungs- und Pressefreiheit eine Arbeitsbeschaffung im Großen ist. Durch die Neuwahl der Parlamente gibt es Beschäftigung für die Politiker, Redner, Flugblattverteiler und Druckereien, durch die Beschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit gibt es Arbeit für Polizei, Richter, Gefängniswärter und die Gefangenenfürsorge. Viele Tausende werden dadurch neubeschäftigt. Es darf allerdings nicht gefragt werden, wer diese Sorte von Arbeitsbeschaffung letztes bezahlt, auch nicht danach, ob die neuen Wahlen etwa die innere Ruhe bringen, nach der die Wirtschaft so nachhaltig ruft.

In der direkten Arbeitsbeschaffung ist die Regierung gleichfalls emsig gewesen. Aus der langen Reihe von nationalen Männern, die bekanntlich alle darauf erpicht sind, sich für das Wohl des Volkes aufzuopfern, sind schon einigen anständige Wirkungsmöglichkeiten verschafft worden. So ist einem Nationalsozialisten als Reichspresseschef Beschäftigung besorgt worden, einem andern als Ministerialrat bei der Preussischen Justiz, einem dritten als Referent im Kultusministerium, drei weiteren im Reichsinnenministerium, beim Rundfunk und im Preussischen Innenministerium. Das ist freilich erst der Anfang.

Die Marxisten, ordinär wie sie sind, werden gleich wieder schreien, das sei ja die reine Parteibuchwirtschaft, die Nazis schoben ihre Parteigänger in fette Pfünden. Derartigen Verleumdern will offenbar der kommissarische Innenminister Preußens auf die Sprünge helfen, indem er sich „einen persönlichen Adjutanten“ ernannt hat, der „ehrenamtlich“ tätig sein soll. Es ist wohl möglich, daß dies nicht der einzige „Ehrenamtliche“ sein und bleiben dürfte. So kommen wir zu

Beamten, die uns nichts kosten. Wovon die wohl leben? Von vaterländischem Opfermut natürlich.

Um der Welt die Uneigennützigkeit der Nationalsozialisten besonders drastisch zu zeigen, läßt der Reichskanzler Hitler verbreiten, daß er auf sein Gehalt verzichte. Dazu sei in aller Bescheidenheit bemerkt, daß das Reichsgericht bereits entschieden hat, daß der Verzicht eines Beamten auf Gehalt, Pension oder Urlaub rechtsunwirksam ist. Diese Entscheidung wird wahrscheinlich noch mehr nationalsozialistische Beamte veranlassen, landweit ihren Verzicht auf das Gehalt zu verkünden. Die nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten haben auch einmal laut ausgesprochen, auf ihre Diäten verzichten zu wollen, aber... Die Reichstagskasse wird dartun können, welche Bewandnis es mit dieser Hochherzigkeit hatte.

Mit der Aufzählung der Leistungen der Regierung in der ersten Woche des dritten Reichs soll es nun sein Bewenden haben. Jeder Unbefangene wird zugeben, daß sie fleißig geschafft hat, wie er auch zugeben dürfte, daß die Wirkung dieses Schaffens sehr nachhaltig sein wird. Es ist jammerschade, daß die Regierung mit Notverordnungen derart beschäftigt war, daß sie nicht an die Erfüllung einiger wenig Zeit verlangender Versprechen gehen konnte. Zum Beispiel an die Erhöhung der Bezüge der Arbeitslosen, Rentner und der Winterhilfe, an die Mietsenkung, an die Aufbesserung der Löhne und Gehälter und ähnliches mehr, von der Milderung des furchtbaren Loses der Kleinbauern und der Geschäftsleute ganz zu schweigen.

Die guten Leute, die auf die Erfüllung der heiligen Versprechen der Nationalsozialisten fest gehofft haben, werden sich noch gedulden müssen. Sie wissen doch, daß für ihre endgültige Erlösung vier Jahre oder 208 Wochen angesetzt sind. Davon verbleiben doch noch 207 Wochen, also Zeit in Masse für die aus Nationalsozialisten und Deutschnationalen gebildete Regierung, um zu zeigen, wie sie die Drangsal der Opfer der Wirtschaftskrise beseitigt. Die „nationalsozialistischste Regierung, die sich denken läßt“, hat ja erst begonnen. Sie wird den verelendenden Bauern, Arbeitern und Geschäftsleuten noch viel Respekt einflößen.

## „Zum Schutze des deutschen Volkes“ Wird die Versammlungs- und Pressefreiheit eingeschränkt

Unter dieser Bezeichnung hat die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg am 4. Februar eine Notverordnung erlassen, die wesentliche Freiheiten der Bürger beschränkt. Die Verordnung gliedert sich in fünf Abschnitte. Abschnitt 1 bezieht sich auf Versammlungen und Aufzüge. Danach sind öffentliche politische Versammlungen sowie alle Versammlungen und Aufzüge unter freiem Himmel spätestens 48 Stunden vorher bei der Ortspolizeibehörde anzumelden. Sie können bei Besorgnis einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit verboten oder nur unter Auflagen genehmigt werden. Sie können aufgelöst werden, wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder Verordnungen aufgefordert oder angeregt wird, oder wenn in ihnen Einrichtungen oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden, oder wenn zu Gewalttat aufgefordert wird. Die Polizeibehörde kann jede öffentliche Versammlung überwachen. Der Reichsinnenminister kann für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile Versammlungen unter freiem Himmel und Parteiuniformen verbieten. Die Landesbehörden dürfen Versammlungen unter freiem Himmel allgemein nur für bestimmte abgegrenzte Ortsteile verbieten, im übrigen nur im Einzelfalle, und der Reichsinnenminister kann allgemeine Verbote einer Landesbehörde aufheben.

Der Abschnitt 2 beschäftigt sich mit den Druckschriften. Druckschriften, heißt es in § 7 wörtlich, deren Inhalt geeignet ist, die öffentliche Sicherheit oder Ordnung zu gefährden, können polizeilich beschlagnahmt und eingezogen werden. Zuständig sind, soweit die obersten Landesbehörden nichts anderes bestimmen, die Ortspolizeibehörden.

Periodische Druckschriften können verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die Strafbarkeit wegen Verrats militärischer Geheimnisse begründet ist; wenn in ihnen zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen aufgefordert oder angereizt wird; wenn in ihnen zu Gewalttätigkeiten aufgefordert wird oder begangene Gewalttätigkeiten verherrlicht werden; wenn in ihnen zu einem Generalstreik oder zu einem Streik in einem lebenswichtigen Betriebe aufgefordert oder angereizt wird; wenn in ihnen Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden; wenn in ihnen eine Religionsgesellschaft beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht wird; wenn in ihnen offensichtlich unrichtige Nachrichten enthalten sind, deren Verbreitung geeignet ist, lebenswichtige Interessen des Staates zu gefährden; wenn als verantwortlicher Schriftleiter jemand bestellt oder benannt ist, der nicht oder nur mit besonderer Zustimmung oder Genehmigung strafrechtlich verfolgt werden kann.

Die Dauer des Verbots darf bei Tageszeitungen vier Wochen, in anderen Fällen sechs Monate nicht überschreiten. Diese Beschränkung fällt fort, wenn eine periodische Druckschrift, die auf Grund dieser Verordnung bereits zweimal verboten war, innerhalb dreier Monate nach dem ersten Verbot erneut verboten wird; in diesem Falle darf die Dauer des Verbots bei Tageszeitungen sechs Monate, in anderen Fällen ein Jahr nicht überschreiten. Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung.

Von den Strafen handelt Abschnitt 4. Wer öffentlich zu Gewalttätigkeiten auffordert oder anreizt, wird, sofern nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer höheren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, bei mildernden Umständen zu Gefängnis nicht unter einem Monat.

Mit Gefängnis, neben dem auch auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer ohne die erforderliche Anmeldung oder durch falsche Angaben eine Versammlung oder einen Aufzug veranstaltet oder leitet oder dabei als Redner auftritt und den Raum zur Verfügung stellt.

Mit Geldstrafe bis zu 150 Mark wird bestraft, wer an nicht angemeldeten oder verbotenen Versammlungen oder Aufzügen teilnimmt, wer nach Auflösung der Versammlung sich nicht sofort entfernt.

Wer eine verbotene periodische Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt oder verbreitet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann.

Wer von dem Vorhandensein eines Vorrates von Druckschriften, deren Inhalt den Tatbestand einer strafbaren Handlung begründet, der Polizeibehörde nicht Anzeige erstattet oder sie nicht abliefern, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Wer in dem dringenden Verdacht einer nach dem Gesetz gegen den Verrat militärischer Geheimnisse strafbaren Handlung oder eines Verbrechens oder Vergehens steht, das mittels einer Waffe begangen ist oder dessen Strafbarkeit durch unbefugtes Führen einer Waffe oder unbefugtes Erscheinen mit einer Waffe begründet wird, kann im Interesse der öffentlichen Sicherheit in polizeiliche Haft genommen werden.

Diese Notverordnung bezeugt beredt die Hilflosigkeit der Urheber. Eine Regierung, die des moralischen und geistigen Vermögens nicht völlig bar ist, bedarf einer derartigen Verordnung nicht, zumal nicht bei einem Volke, dessen Anspruchslosigkeit seiner Obrigkeit gegenüber sprichwörtlich ist. Das Rasonieren hat hier allerdings keinen Zweck. Die neue Herrschaft kann eben auch nicht aus ihrer Haut raus. Sie tut, was sie ihren Artverwandten abgucken hat.

## 48 000 Arbeitslose mehr 601 400 amtlich gebuchte Erwerbslose

Wie die Reichsanstalt berichtet, wurde in der Zeit vom 16. bis 31. Januar die Lage des Arbeitsmarktes durch den strengen Frost, der in der zweiten Januarhälfte in den meisten Teilen des Reiches herrschte, ungünstig beeinflusst. Trotzdem blieben die Zahlen der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen mit rund 6 014 000 nach einer Zunahme um rund 48 000 Ende Januar hinter der entsprechenden Zahl des Vorjahres (6 042 000) zurück. In der zweiten Januarhälfte 1932 hatte sich die Zunahme noch auf rund 76 000 belaufen. Die Kurve, die, nach der Reichsanstalt, dicht vor ihrem jahreszeitlichen Höhepunkt angelangt sein dürfte, hat sich also weiterhin verflacht.

In der Arbeitslosenversicherung wurden Ende Januar rund 953 000, in der Krisenfürsorge rund 1 419 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Dabei wurden insgesamt rund 2 372 000 Arbeitslose, also wieder rund die Hälfte der Unterstützten, von der Reichsanstalt unterstützt. Die Zahl der anerkannten Wohlfahrtsarbeitslosen belief sich Ende Januar auf 2 427 000. Im Freiwilligen Arbeitsdienst wurden trotz planmäßiger Beendigung oder durch Frost erzwungener Unterbrechung zahlreicher Maßnahmen Ende Januar 175 000 Dienstwillige beschäftigt. Zur gleichen Zeit waren mehr als 100 000 Jugendliche vom Netzwerk der deutschen Jugend erfaßt. Die Zahl der Jugendlichen, die an den beruflichen Bildungsmaßnahmen der Reichsanstalt teilnahmen, geht weit darüber hinaus.



# Tod einer Theorie

Die „technische Vorkonferenz“ in Genf, die der Vorbereitung der Internationalen Arbeitskonferenz im Mai 1933 dient, hat mit 36 gegen 21 Stimmen beschlossen, „daß ein internationales Abkommen über die Verkürzung der Arbeitszeit abgeschlossen werden soll“. Ein Antrag der Arbeitergruppe, der die „Garantierung des Lebensstandards der Arbeiterschaft“ (also vollen Lohnausgleich) forderte, wurde abgelehnt. Der Gedanke des Lohnausgleichs kehrte jedoch wieder in dem Antrag von Regierungsvertretern, darunter auch der deutschen, und zwar heißt es darin, daß „die Beratungen fortzusetzen seien mit dem Ziel, zu einer internationalen Vereinbarung zu gelangen, deren Anwendung die Möglichkeit einer Aufrechterhaltung des Lebensstandards der Arbeiter ins Auge fasse.“

Möglichkeit? Ins Auge fassen! Solche Formulierung erfreut jedes Bürokratenherz, und so wurde der Antrag mit 41 gegen 21 Stimmen angenommen. Die 21, die zu allem nein sagten, waren — muß man es noch besonders sagen — die Unternehmer. Sie begnügten sich nicht mit dem Neinsagen, sondern gaben außerdem eine Erklärung ab, daß die Arbeitszeitverkürzung nicht geeignet sei, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, und daß sie sich daher für berechtigt hielten, die Konferenz zu verlassen. Sie blieben dann doch — aus Höflichkeit.

Hätten die Herren sich die Mühe gemacht, das Material, das das Internationale Arbeitsamt (Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit. Bericht an die Vorbereitende Konferenz. Brosch. 4,80 M. Int. Arb.-Amt, Zweigamt Berlin NW 40) der Konferenz vorgelegt hat, durchzuarbeiten, so würden sie sich wohl nicht mit dieser leichtfertigen Erklärung begnügen haben. Kann man sich denn der Tatsache verschließen, daß 30 Millionen Arbeiter in der Welt vollständig erwerbslos sind, daß ein Lohnausfall von 84 Milliarden die „normale“ Krise ungeheuer verschärft und daß auch das Einkommen der noch Arbeitenden durch den Unterhalt der Erwerbslosen immer mehr gesenkt wird (in England wurden 1931 7,3 vH der Gesamtlohnsumme für die Erwerbslosenunterstützung ausgegeben, in Deutschland sogar 9 vH). Die Gewerkschaften haben immer den Grundsatz vertreten, daß Arbeitsbeschaffung wirtschaftlicher ist als Erwerbslosenunterstützung und diese immer nur als eine notwendige Begleiterscheinung der kapitalistischen Krisen angesehen.

Noch eine andere sehr umstrittene Frage wird in dem Bericht des Arbeitsamts behandelt, nämlich die technologische Arbeitslosigkeit, das heißt jene Arbeitslosigkeit, die als Folge des technischen Fortschritts auftritt. In Deutschland stieg die Arbeitsleistung je Arbeiter von 1925 bis 1929 im Steinkohlenbau um 33 vH, im Braunkohlenbau um 39 vH, in den Eisenerzbergwerken um 19 vH, in den Kalibergwerken um 39 vH. Besonders hoch war die Leistungssteigerung in der deutschen Metallindustrie:

	Steigerung der Leistung je Kopf
Hochofenwerke . . . . .	41 vH
Stahlwerke . . . . .	50 „
Walzwerke . . . . .	25 „
Eisengießereien . . . . .	16 „

	Steigerung der Leistung je Kopf
Maschinenbau . . . . .	20 vH
Elektroindustrie . . . . .	30 „
Automobilindustrie . . . . .	80—100 „
Uhrenindustrie . . . . .	20—30 „

In andern Ländern ist die Kopfleistung zum Teil noch mehr gestiegen. Der Bericht des Arbeitsamts verzeichnet für die Vereinigten Staaten folgendes: Steigerung der Kopfleistung in den Hochofenbetrieben 139 vH, in den Stahlwerken 52 vH und in der Kraftfahrzeugindustrie 97 vH.

In der Beurteilung der technologischen Arbeitslosigkeit als einem sozialen Problem ist in den letzten Jahren eine entscheidende Wandlung eingetreten. Früher war man der Meinung, daß es eine technologische Arbeitslosigkeit von Dauer überhaupt nicht geben könne, da die Arbeiter, die in der einen Branche arbeitslos werden, in einer anderen neue Arbeitsmöglichkeit fänden. In der Zeit des kapitalistischen Aufstiegs war das auch der Fall. Auf dieser Tatsache baute die Kompensationstheorie auf und sagte: die technologische Arbeitslosigkeit wird kompensiert (ausgeglichen) durch einen größeren Arbeiterbedarf in jenen Industrien, die die Technisierung vornehmen, Maschinen bauen usw.; sie wird ferner ausgeglichen durch den wachsenden Bedarf einer zunehmenden Bevölkerung, durch Aufschließung neuer Wirtschaftsräume, Kolonisation usw.

Heute jedoch ist es klar, daß von einer Kompensierung der technologischen Arbeitslosigkeit keine Rede mehr sein kann. In dem Bericht des Arbeitsamts heißt es darüber: „... ist zu erwarten, daß die technologische Arbeitslosigkeit in starkem Umfange weiter bestehen bleiben wird. Es besteht tatsächlich die Gefahr, daß sie bei einem etwaigen beschleunigten Fortschritt nach Wiederbelebung der Wirtschaft sogar noch weiter zunehmen wird.“

Besonders für die Metallindustrie ist diese Feststellung von Bedeutung. Die Eisen- und Metallindustrie, vornehmlich die Maschinenindustrie, war bisher Nutznießerin der technischen Entwicklung insofern, als sie den Aufbau der Technik in den andern Gewerbezeigen zu vollziehen hatte. Daraus ergab sich ein steigender Bedarf an Arbeitskräften. Das ändert sich zur Zeit grundlegend. Selbst wenn der Kapitalismus diese Krise noch einmal überwinden sollte, darf nicht damit gerechnet werden, daß alle Arbeitslosen in der Metallindustrie wieder aufgenommen werden.

Die neue „Kompensationstheorie“ ist, daß die Mehrleistung des Arbeiters ausgeglichen werden muß durch eine kürzere Arbeitszeit. Die Macht der Tatsachen, die zu dieser Forderung geführt hat, ist so gewaltig, daß sich auch das Internationale Arbeitsamt ihr beugen muß. Die Tatsachen haben sogar, was viel mehr bedeutet, die Mehrzahl der Regierungen in Genf zur Anerkennung gezwungen. Daß auch die deutschen Unternehmer der fortschreitenden Entwicklung Rechnung tragen, das ist keine Angelegenheit von Konferenzen mehr, das ist eine Frage des Kampfwillens der Arbeiter.

A. D.

## Eine Krisenmaßnahme in Dänemark

(IGB) Die von dem dänischen Unternehmerverband zum 1. Februar angekündigte Aussperrung von 100 000 Arbeitern, die durchgeführt werden sollte, weil die Gewerkschaften jede Verhandlung über die geforderte allgemeine Lohnherabsetzung um 20 vH strikte ablehnten, ist in letzter Stunde abgewehrt worden. Die beiden Kammern des dänischen Reichstages nahmen am 30. Januar einen von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf an, wonach bis zum 1. Februar 1934 jede Aussperrung oder Streik verboten ist und alle bestehenden Tarifverträge bis zu diesem Zeitpunkt verlängert werden. Ferner ist die Einsetzung einer Kommission vorgesehen, die unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten prüfen soll, wie bei großen Arbeitskämpfen die Interessen der Allgemeinheit am besten gewahrt werden können.

Die Regierung begründete diesen ungewöhnlichen Schritt mit einem Hinweis auf die kritische Wirtschaftslage Dänemarks. In einer Zeit, in der annähernd 200 000 gemeldete Arbeitslose und 250 000 notleidende Landwirte zu verzeichnen sind, würde ein Arbeitskampf von dem zu erwartenden Umfang und von einer voraussichtlich sehr langen Dauer sowohl die Bevölkerung als auch das Land als solches in eine Katastrophe stürzen.

Wie bereits gesagt, stimmte der Reichstag diesem Gesetzentwurf zu. Gleichzeitig wurde eine lange Reihe gesetzlicher Maßnahmen beschlossen, die eine Belebung der dänischen Wirtschaft bezwecken. Abgesehen von zahlreichen Maßnahmen zugunsten der notleidenden Landwirtschaft (u. a. eine Zinssenkung, eine Herabsetzung der Grundbesitzsteuer um 20 Millionen Kronen, Errichtung eines Liquiditätsfonds usw.) wurde auch eine Verständigung erzielt über die Durchführung des bereits seit drei Jahren vorliegenden Gesetzentwurfes über die Vereinheitlichung und Verbesserung der Sozialgesetzgebung, über eine Währungsreform für die Arbeitslosen sowie über eine großzügige Arbeitsbeschaffung, die durch die Aufnahme einer großen Staatsanleihe finanziert werden soll.

Der Unternehmerverband, der nun gehindert wird, einen für ihn günstigen Zeitpunkt (rund 42 vH der Gewerkschaftsmitglieder sind arbeitslos) zu einem Generalstreik auf die Gewerkschaften und auf den Lohnstand der Arbeiter auszuspielen, hat gegen die zwangsmäßige Verlängerung der Verträge um ein Jahr protestiert und diese Maßnahme als einen unerhörten Übergriff gegen die Unternehmer zugunsten der Gewerkschaften bezeichnet, denen es ermöglicht wird, „eine für die Wirtschaft verheerliche Lohnpolitik fortzusetzen“. Trotz des Protestes kann jedoch gesagt werden, daß das Vorgehen der Regierung von der Bevölkerung begrüßt wird.

## Besteuerung der Maschinen.

Wie wir dem Weekly News des amerikanischen Gewerkschaftsbundes (vom 28. Januar) entnehmen, hat sich in Pittsburgh ein Verein von Ingenieuren, Industriellen und Geschäftleuten gebildet, die die Besteuerung von Maschinen, die Arbeitskräfte verdrängen, fordern. Die Höhe der Steuer soll im Verhältnis zu der Zahl der verdrängten Leute stehen. Der Zweck der Forderung ist, einen nationalen Fonds zur Unterstützung der Arbeitslosen zu schaffen.

Der Verein, der sich „Taxonomic Society of Pittsburgh“ nennt, ist eine Geheimorganisation, um die Mitglieder vor Besch-

teiligung durch die Unternehmen, die arbeiterverdrängende Maschinen herstellen, zu schützen. Der Wortführer des Vereins erklärt: „Die Taxokraten sind der Meinung, daß der ganze Vorteil der arbeiterparenden Maschinen nicht deren Besitzern zukommen darf. Sie meinen, daß das große Weltproblem von heute eine gerechte Verteilung der Vorteile sei, die aus den Maschinen, Fabriken und Werken entspringen. Die Taxokraten haben eine Lösung des Problems, nämlich: Die Besitzer oder Benützer der Maschinen müssen besteuert werden im Verhältnis zu der Zahl der verdrängten Arbeiter. Natürlich darf nicht der ganze Vorteil weggesteuert werden, weil sonst der Antriebfür neue Maschinen weggeschwächt würde. Darum schlagen die Taxokraten vor, daß die Besitzer von arbeiterverdrängenden Maschinen besteuert werden bis zur Höhe eines bestimmten Teils des Lohnes eines jeden durch die Maschinen verdrängten Mannes. Der Ertrag der Steuer fließt in die Staatskasse für einen Wiederbeschäftigungsfonds.“

Die Verfechter dieses Steuerplans heben hervor, daß, wenn für jeden der 10 bis 12 Millionen Arbeitslosen in Amerika, die meist außer Stellung kamen durch technische Verbesserungen, eine Steuer von 2 Dollar je Tag und Mann erhoben werden würde, es täglich eine Summe von 20 Millionen Dollar ergebe, die für alle Arten von öffentlicher Arbeit zu verwenden sei, wodurch die Arbeitslosigkeit erheblich vermindert werden könnte.

## „Zu seinem Schutz“



## 10,4 Milliarden Reichsschuld

### Neuer Fehlbetrag 170 Millionen Mark

Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betragen im Dezember 1932 (Angaben in Millionen Mark) im Ordentlichen Haushalt die Einnahmen 632,9 und die Ausgaben 729,9; mithin ergibt sich für Dezember eine Mehrausgabe von 97,0. Da die Einnahmen in den Monaten April bis Dezember 1932 5568,6 und die Ausgaben in dem gleichen Zeitraum 5738,9 betragen haben, ergibt sich für Ende Dezember eine Mehrausgabe von 170,3. Der aus dem Vorjahre übernommene Fehlbetrag von 1532,3 vermindert sich gemäß der Schuldentilgung in Ausführung des Gesetzes vom 23. Oktober 1930 um 315,0 auf 1217,3. Unter Berücksichtigung dieses Fehlbetrages stellt sich das Defizit Ende Dezember auf 1387,6 (November 1325,6).

Im Außerordentlichen Haushalt wurden im Dezember 0,9 verausgabt, seit Beginn des Rechnungsjahres also 18,6, während Einnahmen wieder nicht ausgewiesen werden. Der vom letzten Rechnungsjahr her vorhandene Bestand von 58,0 vermindert sich daher auf 39,4.

Für beide Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge bzw. Bestände errechnet sich per Ende Dezember 1932 ein Defizit von 1348,2.

Die auf Reichsmark (Goldmark) lautende Reichsschuld belief sich am 31. Dezember 1932 auf 7786,3 gegen 7843,6 am 30. September 1932, darunter 3791,7 (3940,4) Anleiheablosungsschuld mit Auslosungsrechten und 1079,0 (1069,6) Reichsschuldbuchforderungen auf Grund des Kriegsschadenschlußgesetzes. Die auf fremde Währung lautende Reichsschuld wird am 31. Dezember 1932 mit 2638,3 gegen 2657,2 am 30. September 1932 ausgewiesen. Die gesamte Reichsschuld erreicht daher am Jahresende den Betrag von 10 424,6 gegen 10 500,8 am 30. September 1932.

## Aufsichtsrat Leipart-Papen

Eine neue sensationelle Enthüllung der Roten Fahne! Dem sensationslüsternen Blatt ist eine alte Aufsichtsratsliste der Hannoverschen Bodenkreditbank in die Hände gefallen aus der Zeit, da Herr von Papen in der deutschen Politik noch keine Rolle spielte. Daß die Arbeiterbank die Beteiligung an der genannten Hypothekenbank vor Jahren nicht erworben hat, um die ihr anvertrauten Gewerkschaftsvermögen „für kapitalistische Geschäfte“ zu verwenden, sondern um unseren Baugenossenschaften zu angemessenen Bedingungen Hypotheken für den Bau von Arbeiterwohnungen zu verschaffen, wird die Rote Fahne wohl nicht begreifen können. Aber daß Herr von Papen längste, ehe ihm selbst sein späteres Glück geträumt haben dürfte, aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, wird sie dies ihren Lesern der Wahrheit zuliebe mitteilen?

Wenn sie dies aber mittelt, dann bitte auch die Tatsache, daß die Treuhänder der Arbeiterbank im Aufsichtsrat noch nie einen Pfennig Tantieme bezogen haben.

## Die Scharfmacher fühlen sich

Kein Zweifel darf darüber bestehen, daß die politische Umwälzung in Deutschland recht bald auf die wirtschaftlichen Kämpfe von Einfluß sein wird. Es ist sicherlich kein Zufall, daß an dem gleichen Tage, an dem die neue Reichsregierung ihr Amt antrat, der Lohtarif für den Ruhrbergbau gekündigt wurde. Vielleicht sind die Scharfmacher des Ruhrgebiets etwas voreilig gewesen. Immerhin ist diese Kampfansage der Bergbaugewaltigen ein Signal. Recht bald werden auch die übrigen Unternehmer ihre Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete anmelden. Allzulange haben viele von ihnen diesen Umschwung herbeigesehnt. Sie waren an dem Sturz Schleichers aktiv beteiligt, weil sie auch die leiseste Konzession an die Gewerkschaften als überflüssig betrachteten. Vielleicht kommt der Angriff der Unternehmer auf die Löhne der Arbeiter infolge des Wahlkampfes nicht sofort voll zur Entfaltung. Wir dürfen uns aber keiner Täuschung darüber hingeben, daß die Unternehmer die günstigste Chance, die ihnen die geeinte politische Reaktion bietet, auszunutzen werden.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg wird jedenfalls bald zu beweisen haben, wie sie zur sozialen Frage steht. Der ärgste Reaktionär Hugenberg ist jetzt der Gebieter über die Tarifabteilung des Arbeitsministeriums. Hinter ihm stehen die Scharfmacher des Unternehmertums. Es besteht keine Hoffnung, daß Hugenberg die ihm in die Hand gegebene Verbindlichkeitserklärung zugunsten der Arbeiter auszunutzen wird. Da er allein in der Reichsregierung nicht tonangebend ist, werden die Nationalsozialisten bald Farbe bekennen müssen. In den kommenden sozialen Kämpfen wird es nur ein Entweder — Oder geben. Überall dort, wo die Arbeiter den Ausbau ihrer gewerkschaftlichen Organisation vernachlässigten, werden die Unternehmer leichtes Spiel haben. Sie werden Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren, die den Arbeiter auf den Stand des Kulis herabdrücken.

## 18 vH Reallohnsenkung in 1 1/2 Jahren

Die neue Statistik des ADGB über die Tariflöhne berichtet über eine durchschnittliche Lohnkürzung von mehr als 28 vH von Ende 1930 bis Mitte 1932. Berücksichtigt man die Senkung der Lebenshaltungskosten auf Grund des amtlichen Lebenskostenindex, jedoch unter Einbeziehung der im amtlichen Index nicht enthaltenen Bewegung der Steuern und Versicherungsbeiträge, so ergibt sich für diesen Zeitraum eine Senkung der Lebenshaltungskosten um etwa 12 vH. Daher beträgt die Senkung des tariflichen Stundenlohnes in seiner realen Kaufkraft im Durchschnitt 18 vH.

Die tarifmäßigen Stundenlöhne selbst wurden im Durchschnitt für sämtliche 42 Berufe um 22,2 vH gekürzt. Die Verminderung der übertariflichen Arbeitsverdienste läßt sich im Durchschnitt etwa auf 6 vH schätzen, so daß sich insgesamt eine 28prozentige Senkung des tariflichen Stundenlohnes ergab. Die Lohnstatistik des ADGB weist darauf hin, daß diese Lohnsenkungen völlig unorganisch und ungleichmäßig, rein nach Willkür der Unternehmer vorgenommen wurden, so daß von irgendeiner Anpassung der Löhne an die Produktionsverhältnisse überhaupt nicht die Rede sein konnte. Die Löhne wurden dort am stärksten gesenkt, wo die Arbeiterschaft durch Arbeitslosigkeit geschwächt, nicht genug Widerstand leisten konnte.

Am stärksten wurden gesenkt die Löhne im Baugewerbe, die sich in diesem Zeitraum in einzelnen Bauberufen bis um 30 bis 34 vH erniedrigten. Der gelernte Maurer, der früher etwa den durchschnittlichen Tariflohnsatz sämtlicher Berufe um 20 vH überstieg, verdient gegenwärtig etwa den durchschnittlichen Lohn für sämtliche Berufe. Eine Lohnkürzung von 20 bis 25 vH wurde durchgeführt bei den Metallarbeitern und Gemeindefacharbeitern. In den meisten Berufszeigen betrug die Kürzung des tariflichen Stundenlohnes 15 bis 20 vH. Allein in der Maßschneiderei und im Brauereigewerbe sind die Löhne um weniger als 15 vH gesunken. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß diese Lohnkürzungen nur den Stundenverdienst betreffen, sie die Verkürzung des Lohnes wegen der weiteren Ausdehnung der Kurzarbeit nicht einschließen.

**DIE METALLARBEITER-ZEITUNG**  
gründlich lesen, dann weitergeben  
an Unorganisierte und Gleichgültige  
Werbt mit Eurer Zeitung für Eure Sache



# Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

Als sechs Mann bis in Kniehöhe darin stehen können, wird mit den kleinen Spaten nachgeholfen, — allmählich wird der Boden etwas nachgiebiger. Wir schwitzen trotz der Kälte, die langsam weiter in den Hohlweg hineinkriecht.

Nach einer Stunde sind wir fertig. Wir werfen die Leichen mit den Zeltbahnen hinein . . . immer noch schneit es . . . wirbelnd fallen die Flocken mit den Erdschollen, die wir auf die Toten werfen, in die Grube hinein, letzte Größe des Lichtes . . .

Dann recken wir die schmerzenden Rücken grade . . . setzen die Helme wieder auf, die wir abgenommen hatten, weil uns zu warm geworden war . . . nehmen die Päckchen von den Nasen, einige hatten sie allerdings schon vorher verloren, auch ich.

Wir atmen tief die reine Luft ein . . . schnallen die kleinen Spaten wieder fest . . . gehen schweigend aus der Schlucht heraus; vorne gehen die beiden Gefreiten und Engels, jeder einen großen Spaten wie ein Gewehr über der Schulter . . .

Kein Kreuz wurde gesetzt, kein Gebet wurde gesprochen, keine Träne ist in das Grab gefallen, keine Ehrensäule rollte darüber hin . . . nur unsere müden, starren Gedanken haben wir mit hinabgesenkt . . .

Kurz vor dem Ausgang des Hohlweges setzen wir uns an den Fuß einer verschneiten Tanne, um für den Rückweg über das freie Feld, den wir wieder kriechend zurücklegen müssen, Kräfte zu sammeln.

Ich sitze zwischen Kilb und Paul Schmiedekamp. Die Zigaretten des Einjährigen werden herausgeholt und geraucht . . . Hungrig zieht Kilb den Rauch ein. Einmal schrecken wir zusammen, als oben am Rande des Hohlweges ein paar Dinger kurz hintereinander einbauen; wir hören das Singen der Splitter über uns . . .

Karl Kilb erhebt sich und geht auf ein Kreuz zu, das auf der anderen Seite des Weges allein steht. Der hellerscheinende Mond fällt mit breitem Licht auf das dunkle Holz . . .

Langsam, langsam geht Kilb über den Weg. Wir sehen uns an und wissen nicht, was wir dazu sagen sollen. Es ist doch nichts Besonderes, eines von den vielen Kreuzen im Schnee . . .

Wie hypnotisiert geht Kilb weiter . . . jetzt ist er drüben . . . kniet bei dem Kreuz nieder . . . bringt sein Gesicht ganz nahe an das Holz . . . deutlich sehen wir, wie er mit einer Hand über die Querleiste fährt, wahrscheinlich, um den lose darüber hingewehten Schnee zu entfernen . . .

Plötzlich schrecken wir in unserer Schweigsamkeit zusammen. Kilb hat einen leisen Ruf ausgestoßen . . . immer noch starrt er auf das Holz, erhebt sich plötzlich schnell, dreht sich um und winkt uns . . .

Wir sehen uns wieder an, schon will ich aufstehen, da höre ich auch schon leise meinen Namen. Kilb kommt mir einige Schritte entgegen. Ich bin bei ihm, sehe in sein grenzenlos erstarrtes Gesicht; noch nie habe ich diesen harten Menschen so fassungslos gesehen . . .

Ohne ein Wort zieht er mich zu dem Kreuz nieder, ich blicke hin; plötzlich fühle ich, wie auf Sekunden mein Herzschlag stockt . . . ich blicke nochmals hin, reibe mir die Augen . . . das kann nicht sein . . . das kann nicht sein . . . da höre ich auch schon wie aus der Ferne Kilbs dunkle Stimme, er zieht mich hoch, blickt mich an, mir ist, als sähen mich fremde Augen an — — — „Ja, Peter . . . hab's erst auch nicht geglaubt, daß hier der gute Korporal Preuß liegt . . .“

Ich kann mich nicht fassen, kann nur immer mit dem Kopf schütteln, der mir auf einmal furchtbar weh tut; auf dem Kreuz steht mit ungelungen Buchstaben, von der schweren Hand des Krieges geschrieben:

„Hier ruht in Gott der Unteroffizier Georg Preuß, Res. Regiment . . . 2. Kompanie — gef. am 8. Oktober 1917 für das Vaterland.“

Wir gehen zu den anderen Kameraden zurück, sie erheben sich, stehen dunkel und schweigend um uns. —

Wir wanken stumm aus der Schlucht hinaus . . . Welche ungenannte Macht war es, die uns an die Stelle hinsetzen ließ, gegenüber dem einsamen Grabe? Was war es, das Karl Kilb sich erheben ließ, ihn hinübertrieb zu dem dunklen Holz? War es die letzte Kraft deiner Stimme, war es der nicht zur Ruhe gekommene letzte Schmerzensschrei deines tödlich getroffenen Leibes, guter Korporal?

Keine Antwort wird uns . . . Gott? Es war die unsterbliche Verbundenheit unserer Seelen, lieber toter Kamerad, unserer Menschlichkeit, die in der grenzenlosen Ode dieses schrecklichen Krieges friert wie dein einsames Grab . . .

Über Hunderte von Trichtern kriechen wir wie über eine zerklüftete Mondlandschaft zwei Stunden lang bis in unseren Graben zurück . . . zwei Stunden lang . . . und aus unseren Uniformen weicht nicht der Geruch der neunzehn Toten, die ohne Kreuz und Zeichen unter einem weißen Leichentuch liegen.

Ich lebe immer noch . . . ich muß es vor mir selber wiederholen; ja, ich lebe immer noch . . .

Keinen Toten habe ich gesehen, der mit einem lächelnden Gesicht dagelegen hätte. Alle, alle hatten sie die wächsernen oder vom Gas schwarz angeschwollenen Gesichter, die Augen aufgerissen oder herausgeschossen, sie bleckten die Zähne, einige hatten sich in letztem Schmerz die Zunge blutiggebissen, die nun blau und verkrustet herausging. — Ich sah die Totenflecke an nackten Leichen, sah schrecklich klaffende Wunden, herausgehängene Gedärme, verkrampfte Hände, breit auseinander gespreizte Schenkel, bloßliegende Gehirne, emporgereckte Fauste:

Wie konntet ihr wohl in euren letzten schrecklichen Lebenssekunden noch lächeln, ihr toten Kameraden, nicht wahr?

Ja, ich lebe immer noch. Ich sehe meinen blut- und lehmgetränkten Mantel an . . . Er hat von der Mitte zwischen den Schulterblättern bis ganz nach unten einen langen, gezackten Riß, die Seiten des Risses sind angesengt. Es sieht aus, als sei ein brennendes scharfes Schwert hindurchgefahren, von oben nach unten. Jedesmal, wenn ich die Stelle ansehe, muß ich den Kopf schütteln: beim Essenholen — es hört sich harmlos an, nicht wahr? „beim Essenholen . . .“, aber macht es mal mit, wenn die Maschinengewehre das hintere Gelände Tag und Nacht bestreichen mit eintönigem, aufreizenden Tacklack und Tupplupp, wenn an den Grabenschnittpunkten in unregelmäßigen Abständen die 7,5er einbauen . . . sssssiiiiischschschsch pramm pramm . . . man duckt sich wie ein Tiger, wartet, lauert, — kommen noch mehr? . . . man setzt zum Sprung an um die Ecke . . . mitten im Sprung kommt unverhofft die nächste Ladung herangezischt, im Sprung schon erstarrt dir im kalten Entsetzen das Blut, ein Zurück gibt es nicht mehr . . . du springst mitten hinein in den Tod . . . vielleicht, vielleicht entwischt du ihm dieses Mal ja noch . . . beim Essenholen also ist es vor einigen Wochen passiert: Gütler, der mit mir zum Essenholen abhaute, hat's erwischt . . . ich, aber kam noch um die Ecke herum, und nur mein Mantel . . . na, ich hab's ja schon erzählt.

Erst als ich zurückkam, haben mich die anderen darauf aufmerksam gemacht . . . ich hatte es in der Aufregung gar nicht bemerkt . . . Ein halbarmlanger Splitter stak nachher in der Grabenwand, der wira's gewesen sein. Einige Millimeter Bruchteile von Sekunden . . . ich wäre mitten durchgehauen worden . . . Gütler aber hat's erwischt. Zwei Tage und zwei Nächte hat er mit einem Bauchschuß im Stollen gelegen. Sein Magen

war leer, sonst wär er schneller gestorben. Bis zum dritten Tag mittags hat er nur immer den Mund mit Schnaps ausgespült, den wir ihm gereicht haben . . . Nach hinten konnten wir ihn nicht schaffen, und wir sind doch gewiß nicht feige, aber er hat wohl selbst gewußt, daß es mit ihm zu Ende ging. Gesprochen hat er nicht mehr viel, manchmal sprach er irre Worte, manchmal wieder flüsterte er ganz klar, und wenn man das Ohr dicht heranhielt, konnte man verstehen, daß er von seiner Mutter sprach. Er zeigte auch noch einmal schwach auf seinen rechten Ringfinger, an dem ein Ring mit einem Rubin saß, und bedeutete uns, daß wir ihn nach Hause schicken sollten.

Dann stöhnte er noch einmal schrecklich auf, schrie und heulte einige Sekunden, bäumte sich hoch, die Wunde stank schon von dem Eiter und den Würmern darin — mittags um 12,30 Uhr starb er . . .

Ich aber lebe immer noch und kann es nicht fassen, und kann es nicht fassen. Den langen Riß habe ich wieder zusammengeknäht. Gütlers Wunde war nicht mehr zusammenzunähen . . . Wir haben den Weber aus dem Erzgebirge in der darauffolgenden Nacht, als wir in Ruhe gingen, mit nach hinten genommen und, weil es in der Nacht auf einmal ruhig war, ihm auch ein anständiges Grab gemacht, mit einem Holzkreuz und seinem Helm obendrauf. Das sieht ganz harmlos aus; aber man darf nicht daruntergucken . . .

„Heldentum?“ — — Wenn wir Helden wären, hätten wir schon längst die Waffen zerbrochen . . .

So aber liegen wir, auf Mord ausgehend, weiter in den Stollen und Erdlöchern und erwarten den Tod . . .

Dann gehen wir wieder einige Tage in Ruhe, immer fehlen einige Kameraden . . . immer mehr verwischt sich die Erinnerung an die Gestalten der Toten . . . Wir vergessen sie nicht, o nein, — wenn wir auch nicht darüber sprechen . . . Aber manchmal, wenn wir in irgendeinem zufälligen Zusammenhang auf diesen oder jenen Gefallenen zu sprechen kommen, dann quälen wir unsere armen, verstümpften Hirne ab: wie sah

Dr. Lily Herzberg: **Schlechte Tage**

Daß Erwachsene ihre schlechten Tage haben, an denen sie verstimmt und mißmutig sind und alles, was sie anpacken, mißrat, das nehmen wir als eine Selbstverständlichkeit hin, weil wir es alle an uns selber oft genug erleben.

Vater hat Ärger im Geschäft gehabt — folglich ist er zu Hause mürrisch und reizbar, und es ist an diesem Abend nicht gut mit ihm Kirschen essen. Mutter hat die Suppe anbrennen lassen; nun ist sie verärgert und böse mit aller Welt; das ganze Mittagessen ist ihr verdorben. Die Schwester bockt, weil sie sich mit ihrem Bruder gezankt und von der Mutter Unrecht bekommen hat. Alle sind sie an solchen Tagen ungenießbar, aber das nimmt man ihnen nicht weiter übel. Haben sie doch alle ihren guten Grund, verärgert zu sein.

Viel weniger sind wir dagegen geneigt, Rücksicht auf die Verstimmung unserer Mitmenschen zu nehmen, wenn diese scheinbar grundlos, wenn einem Menschen gar nichts Unangenehmes passiert und er trotzdem vom frühen Morgen an traurig und reizbar ist. Nichts ist mit ihm anzufangen — es ärgert ihn die Fliege an der Wand. Und gerade solche scheinbar grundlos verstimmten Menschen brauchen unsre Rücksicht viel nötiger als die aus äußeren Gründen verärgerten. Die werden schließlich mit ihrem Verdruß auch allein fertig; der ohne äußeren Anlaß, der von innen her Verstimmte dagegen weiß selber nicht, was mit ihm los ist. Es ist ihm vor ihm selber unheimlich, weil er den Grund seiner Reizbarkeit nicht einsieht. Es ist, als ob sich an solchen Tagen alles gegen ihn verschworen hat: was er auch unternimmt, geht schief. Tatsächlich hat er eine tief im Kleinplasma verankerte Anlage zu „grundloser Traurigkeit“ mit auf die Welt gebracht, die sich an gewissen Tagen in periodischer Wiederkehr einstellt, von Erlebnissen unabhängig und durch nichts beeinflussbar! Das einzig Gute ist hier noch, daß diese „schlechten Tage“ eben wirklich nur „Tage“ sind, daß die Verstimmung rasch wieder abklingt und sich nicht wie bei der „echten Melancholie“ über Monate oder gar Jahre hinzieht. Im übrigen handelt es sich aber bei dieser anfallsweisen Traurigkeit um eine ganz ähnliche Erbanlage wie bei der Melancholie.

Daß nun aber auch schon Kinder ihre „schlechten Tage“ haben, daß Kinder grundlos verstimmt sein können, das vermögen wir besonders schwer zu verstehen. Und doch sind diese schlechten Tage der Kinder ein sehr ernstes Kapitel für Eltern und Erzieher, das viel zu wenig beachtet wird. Ein Junge etwa, der sich am Abend vorher in bester Laune zu Bett gelegt hat, wacht morgens mit benommenem Kopfe auf, ist traurig und reizbar. Mißmutig erscheint er am Frühstückstisch und kann sich kaum beherrschen, als die Mutter ihn neckt, er sei wohl heute mit dem linken Fuß zuerst aufgestanden? Er packt dann zwar seine Bücher zusammen und begibt sich wie sonst auf den Schulweg, doch wenn er vor der Schule steht, da kann er es einfach nicht über sich gewinnen, hineinzugehen: er läuft vorbei, zur Stadt hinaus — er weiß nicht, wie ihm geschieht. „Er fühlt sich bedrückt“, schildert der Heidelberger Psychiater Grubbe diesen Zustand, „so schwer, als ob er ein schlechtes Gewissen hätte, und doch hat er gar nichts Schlimmes angestellt. Er wirft seine Schulhefte irgendwo weg, er will immer weiter, so ein eigenartiges Sehnen liegt in ihm.“

Oder aber er geht trotz seiner Unlust in die Schule: da gibt es sicher Verdruß. Seine Lektion, die ihm gestern ganz geläufig war, ist ihm vollkommen entfallen; der Kopf ist ihm heute wie vernebelt. Tadelt ihn der Lehrer vor der Klasse, so kann es unter Umständen zu einer jenen Unbotmäßigkeiten kommen, die den Jungen für alle Zeit bei seinem Lehrer verhaßt machen, und die immer neue Unannehmlichkeiten im Gefolge hat. Mit den Kameraden kann es an diesem kritischen Tage zu ernstlichen Schlägereien, ja in den schlimmsten Fällen zu Messerstechereien kommen.

Auch die Schülerelbstmorde fallen fast stets auf die „schlechten Tage“. Wenn diese schlechten Tage bei Schulkindern gehäuft auftreten — und das ist leider viel öfter der Fall, als man gemeinhin annimmt —, so können sie ein schweres Hindernis für die Erziehung bilden. Disziplinwidrigkeiten reihen sich da unter Umständen aneinander, und es wird leicht der Schluß auf einen dauernd boshaften und niederträchtigen Charakter gezogen. Nur der fachkundige Beobachter kennt die Abgesetztheit dieser Zustände und ihr Beschränktheit auf Ausnahmefälle.

Der Arzt kann hier nicht helfen. Ein innerlicher Vorgang findet seinen natürlichen Verlauf, der keiner Beeinflussung zugänglich ist. Die Veranlagung zu anfallsweiser grundloser Traurigkeit ist eine Krankheit, ein Schicksal, das hingenommen werden muß. Nur durch Aufklärung kann der Arzt sich äußerst nützlich erweisen, indem er mit den Kindern über ihren Zustand spricht und sie ermahnt, an solchen Tagen möglichst

der noch aus? Verdammst noch mal, das ist ja komisch! Daß man das so schnell vergessen kann . . .

So denkt man noch einige Sekunden, und dann denkt man auch schon nicht mehr . . . Nur wenn einem klar wird, daß man selbst auch mal so schnell vergessen werden kann, dann schaudert einem doch ein wenig.

Und dann marschieren und taumeln wir wieder nach vorn, der Dreck geht wieder los, wir werden auf humpelnden und rumpelnden Lastwagen möglichst weit an die Linie herangefahren, wahrscheinlich deshalb, damit niemand „türmen“ kann . . . wir kriechen durch die Laufgräben, ducken uns, wenn nachts die Leuchtkugeln hochgehen, versinken bis über die Knie im Schlamm, ziehen auf vorderste Sappenposten, bis 10 Meter an den feindlichen Graben heran . . .

In einer solchen Sappe hat die Ablösung, es war Kohlhaben, auch den Einjährigen Sievers gefunden.

Erst hat er geglaubt, der Einjährige sei in der Kälte eingeschlafen und ertrorren — es war grade eine Nacht vor Heiligabend und sehr, sehr kalt . . . Sievers hatte das Gewehr im Anschlag und das Gesicht schief daraufgelegt. Erst als Kohlhaben ihn näher besah, von oben mitten durch den Stahlhelm hindurch; es kann ein Schrapnell von uns und auch eins von drüben gewesen sein . . . Man kann das, wenn die Gräben nur zehn Meter voneinander liegen, nicht mehr genau beurteilen. Sievers war einige Tage vorher Gefreiter geworden, aber er war ganz ruhig dabei geblieben, hatte sich gar nicht gefreut. Früher hätte er sich doch viel darauf eingebildet, aber jetzt schien er keinen Wert mehr darauf zu legen, — vielleicht trug auch schon seine Todesahnung dazu bei . . .

Sievers hatte noch Zigaretten in den Taschen, die er kurz zuvor von zu Haus bekommen hatte. Er gab in der letzten Zeit immer gerne ab, so wird er uns diese auch gegönnt haben. — Wir haben sie ehrlich geteilt . . . Wir empfanden gar nicht viel dabei, eigentlich überhaupt nichts. Wir freuten uns nur, daß wir was zum Rauchen hatten, denn das Rauchmaterial ist knapper geworden . . . Einmal bekamen wir eine ganze Kiste Tabak in den Graben für die Kompanie, aber als wir sie öffneten, war nur Seegras drin, jawohl: Seegras . . . Wir haben furchtbar auf die verfluchten Schieber geschimpft, die mit unserer Not hier vorne ihr Geld verdienen und Siegesfeiern veranstalten, bei denen sie sich besaufen und vaterländische Lieder singen. Aber man vergißt so etwas schnell, wenn täglich und stündlich Kameraden verbluten und verfaulen . . . Nachher haben wir mit dem Mist unsere Gewehre gereinigt oder ihn als Fußlappensatz in die Stiefel gestopft. (Wird fortgesetzt.)

wenig zu unternehmen, allen Auseinandersetzungen mit Lehrern oder Kameraden auszuweichen, bei schlimmsten Graden der Verstimmung lieber im Bette zu bleiben, da man dort ja am wenigsten Unheil anrichten kann.

Vor allem aber muß der Arzt die Erzieher, Eltern und Geschwister dieser unglücklichen Kinder aufklären, damit jene auf die „schlechten Tage“ die größtmögliche Rücksicht nehmen und die kleinen Patienten — denn um solche handelt es sich ja im Grunde — mit Liebe und Verständnis behandeln, ihnen jeden Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen.

Es soll hier nicht der Ungezogenheit und Unbeherrschtheit eigensinniger Kinder das Wort geredet werden, verzerrter Kinder, die ihre Wut und ihren Ärger mit Vorliebe an ihrer Umgebung auslassen. Nur Unheil soll verhütet und das Schicksal jener Kinder erleichtert werden, die eine unglückselige Veranlagung zu grundloser Verstimmung und Reizbarkeit als ein Erbteil auf die Welt mitgebracht haben, und denen ihr Schicksal durch Güte und Verständnis der Umgebung so sehr erleichtert werden könnte.

## Neue Gerichtsstudenten

Morgens, noch ehe es neun Uhr ist, und nachmittags, bevor die ersten Parteivertreter gekommen sind, sammelt sich in den Gängen des Gerichtsgebäudes eine besondere Art von Zuhörern, die neuen „Gerichtsstudenten“ oder „Arbeitsrechtler“. Es sind dies meist Arbeitslose . . . hier ihre Freizeit verbringen und dabei das Nützliche mit dem Guten verbinden, nämlich in eigenem Interesse Studien machen, um sich, wenn sie wieder einmal eingereiht sind im Produktionsprozeß, auf Grund ihrer Kenntnis der arbeitsrechtlichen Materie vor Übervorteilungen zu schützen. Sie stehen zu einem Haufen geballt auf dem Korridor, um sich, wenn die Tür geöffnet wird, gleich in den Saal zu den ihnen angewiesenen Plätzen zu ergießen. Dann sitzen sie da, hören, wie sich vorn vor dem Gericht das Leben, ihr Leben — das Leben des Arbeiters abspielt; wie Dramen und Komödien, deren Handlungen das Arbeitsverhältnis gestaltete, wechseln; wie schwer- und leichtblütige, rasch fertige und lange überlegende Menschen um ihr Recht und oft gegen vermeintliches Unrecht kämpfen. Sie haben auf Grund des Gesetzes das Vergnügen oder den Vorteil, die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens zu genießen. Erkaufen müssen sie sich dieses mit ruhigem und gesittetem Verhalten.

Die auf den Zuhörerbänken Sitzenden fühlen sich mit den vor dem Gericht stehenden Arbeitern, mögen sie auch gelegentlich einmal Unrecht haben, innerlich verbunden und stehen daher rein gefühlsmäßig zu ihnen. Trotzdem wissen sie sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Klassengenossen, die ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterbewegung dokumentieren durch den Kollegen Gewerkschaftssekretär, der für sie den Kampf führt gegen das schier undurchdringliche Paragraphengewirr der Tarifverträge und Gesetze und den meist sehr gerissenen Syndikus des Arbeitgeberverbandes, und jenen, die als Überschlaue glauben, ohne Gewerkschaft auskommen zu können, sich aber dessen ungeachtet bei jeder Gelegenheit auf den Tarif berufen und es oft dank ihres „Selbstkönnens“ fertiger bringen, daß sie mit ihren Klagen abgewiesen werden. Daß die erste Arbeitergruppe bei den Zuhörern größere Sympathien besitzt, braucht wohl nicht gesagt zu werden. Und doch geht es durch und durch, wenn ein armer Teufel seine Klage verliert. Es werden dann auch schon mal leise Rufe der Unzufriedenheit laut. Das Gerichtskollegium überhört diese meist. Der Justizwachtmeister aber, der für Ruhe und Ordnung zu sorgen hat, schafft mit einem Blick zu den Zuhörerbänken Ruhe. Gelingt das einmal nicht, dann müssen die Allzulauten heraus. Draußen auf dem Korridor Wartende nehmen gern deren Plätze ein.

Hat es einer „geschafft“, etliche Mark zugesprochen erhalten, so vermeint man gleich, auf den Zuhörerbänken nur noch zufriedene Gesichter zu sehen. Wenn sie auch persönlich nichts davon haben, so scheint es ihnen trotzdem wohl zu tun, daß einer der Ihren nach längerer Entbehrung vielleicht einmal ein paar Wochen besser leben oder sich auch ein Kleidungsstück kaufen kann.

So geht es Tag für Tag. Vom frühen Morgen, abgesehen von einer kurzen Mittagspause, oft bis zum späten Abend. Mal ist es sehr interessant, was da verhandelt wird, mal weniger. Unsere „Arbeitsrechtler“ sind immer da. Was sollten sie auch Nützlicheres tun, da sie ja doch keine lohnende Beschäftigung finden können? Jedenfalls wird manch einer der Zuhörer später einmal als Kläger vor dem „Gericht der Arbeit“ stehen und sich mit denen, die dann als Arbeitslose die Zuhörerbänke besetzt halten, innerlich verbunden fühlen. W. B.





# Verbandsleben



## An die Mitglieder der Gewerkschaften!

Die politische Lage hat sich in entscheidender Weise geändert. Das Schwergewicht der neuen Reichsregierung liegt bei Parteien und Gruppen, die bisher offen für die soziale Entrechtung der Arbeiter und Angestellten, für die Zerschlagung der Demokratie und für die Ausschaltung des Parlaments eingetreten sind. Die Gefahr liegt nahe, daß sie jetzt ihre Pläne zu verwirklichen trachten.

Gewerkschaftsmitglieder! Die Lebensinteressen der gesamten Arbeitnehmerschaft stehen auf dem Spiel. Um Angriffe gegen Verfassung und Volksrechte im Ernstfalle wirksam abzuwehren, ist kühles Blut und Besonnenheit erstes Gebot. Laßt Euch nicht zu voreiligen und darum schädlichen Einzelaktionen verleiten.

**Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund    Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften**  
**Allgemeiner freier Angestelltenbund**  
**Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände**

## Tagung des Erweiterten Beirats des DMV

Die politischen Vorgänge veranlaßten die Einberufung des Erweiterten Beirats am 3. Februar. Der Vorsitzende Brandes erledigte zunächst eine Reihe innerorganisatorischer Fragen und ging dann auf die das arbeitende Volk aufreizenden Vorgänge beim 3. Regierungswechsel unter dem autoritären Regiment über:

Die politischen Verhältnisse entwickeln sich, so erklärte Brandes, rasend. Wir durchleben die Krise eines ganzen Zeitalters. Die Produktionsmittel sind so gewaltig, daß bei einer sehr kurzen Arbeitszeit die höchsten Lebensbedürfnisse aller befriedigt werden könnten. Wir brauchen nicht einmal eine 40stündige, kaum eine 30stündige Arbeitszeit der 18- bis 40-jährigen Menschen dazu. Die kapitalistische Wirtschaft ist jedoch unfähig, dies zu erfüllen. Sie weigert sich aber, abzutreten, will vielmehr die Machtposition, die ihr die Kommandohöhen von Kohle, Eisen, Stahl, Chemie, Zement usw. bieten, behalten, um Wirtschaft und Staat zu beherrschen.

So gesehen, erkennen wir erst richtig die Bedeutung der gegenwärtigen Klassenkämpfe. Die Bourgeoisie will die Umwälzung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu einer geordneten Wirtschaft verhindern. Ihre Hauptstütze sind die Nazis, die sich aber ebenfalls seit Monaten in schwerer Krise befinden.

Schwerindustrie und Junker erzwingen die Koalition Hitler-Papen-Hugenberg. Jeder ist voller Mißtrauen gegen den anderen, einig sind sie nur im Haß gegen die organisierte Arbeiterschaft. Hitler ist nicht Reichskanzler einer parlamentarischen Mehrheitsregierung, sondern eines Kabinetts der Harzburger Front geworden.

Offenbar hat man die im Dezember des vorigen Jahres noch vorhandenen Bedenken Hindenburgs gegen Hitler durch Versprechungen überwunden, die charakteristisch für die Zusammensetzung des neuen Kabinetts sind. Hitler stellte seinen Anspruch auf unmittelbare Anlieferung der ganzen staatlichen Macht zurück; die Reichswehr untersteht nach wie vor einem General; Hitler hat auch nichts bei der preußischen Polizei zu bestellen. Die letztere wird nicht, wie es die Bestimmungen der Notverordnung vom 20. Juli 1932 vorschreiben, dem Reichskanzler, sondern dem Vizekanzler — also nicht Hitler, sondern Papen — unterstellt. Die großen Ressorts für Außenpolitik und Finanzen werden von den seitherigen Inhabern verwaltet; die wirtschaftlichen Ressorts sind bei Hugenberg konzentriert, das Wirtschafts- und Ernährungsministerium sowie ein erheblicher Teil des Arbeitsministeriums unter seine Leitung gebracht.

Die Nazis rechnen mit einer Entwicklung wie in Italien. Doch Deutschland ist nicht Italien und Hitler ist nicht Mussolini, und die deutsche Arbeiterschaft ist nicht die gleiche wie in Italien. Auch sind die Gegensätze in der sogenannten nationalen Front so groß, daß nicht einmal eine Regierungserklärung zustande gekommen ist, die Anspruch auf einen solchen Namen hat.

In einem phrasenreichen Aufruf hat Hitler den Massen Arbeit und Brot, den Bauern das Ende ihrer Verelendung versprochen. Wie man dieses Kunststück fertigbringen will, wissen ihre Verfasser wohl selber nicht. Mit Fackelzügen und theatralischen Trauerfeiern, mit Kundfunkreden und Aufpeitschung der Leidenschaften wird weder Arbeit gegeben noch Brot geschaffen.

Um die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den neuen Regierungsmännern nicht sofort aufzeigen zu müssen, hat Hitler nach russischem Muster einen Vierjahresplan angekündigt und dann den Reichstag aufgelöst. Alle Beteiligten an der Harzburger Front hoffen dabei zu gewinnen. Papen und Hugenberg rechnen mit einem Anfrüh der Deutschenationalen. Hitler und seine Getreuen mit einer Zunahme der Partei. Beide erwarten, daß im Reichstag eine nationale Mehrheit zustande kommt, und beide wollen diese Mehrheit durch Bluff erreichen.

Wenn die KPD ihre wahnwitzige Politik der Bekämpfung der SPD und der Gewerkschaften weiter verfolgt, ist die Möglichkeit gegeben, daß die Reaktion ihr Ziel erreicht. Die Erbitterung der Arbeiterschaft über die Machenschaften der neuen Machthaber ist außerordentlich groß und das Verlangen an die politischen Parteien, die Pläne der Reaktion mit Gewalt zu zerschlagen, verständlich. Eine gewaltsame Auflehnung gegen diese Regierung würde für den Vorwand zum Staatsstreich geben. Es ist deshalb notwendig, daß die organisierte Arbeiterschaft ruhige Nerven behält.

Die neue Regierung übertrifft an reaktionärer Gesinnung selbst ihre Vorgängerinnen der Vorkriegszeit. Ihr Versuch, mit kapitalistischen Mitteln das große Problem der Massenarbeitslosigkeit zu lösen, wird sich nicht erfüllen; daran wird sie zerbrechen. Die von Papen-Hugenberg-Hitler angewandten Mittel müssen die Krise nur noch mehr verschärfen und die baldige Katastrophe hervorheben. Die organisierte Arbeiterschaft hat die heilige Pflicht, jetzt in Treue und strengster Disziplin zusammenzubehalten. Dann wird sie auch mit den jetzigen Gewalttätigkeiten fertig, wie sie es früher unter viel ungünstigeren Verhältnissen geworden ist mit Männern von ganz anderem Format.

In der eingehenden Aussprache kam die Empörung der Teilnehmer der Tagung über die neue Regierung in zum Teil erregter und leidenschaftlicher Weise zum Ausdruck. In einem Schlüsselwort werden von Brandes die von den Redatoren vorgebrachten Anträge, Wünsche und Vorschläge über die Betriebsratwahlen, über kurzfristige Generalstreiks, über die Stellung des ADGB zur neuen Regierung, die Einheitsfront mit der KPD u. a. m. durchgesprochen.

Der geschulte Gewerkschafter wird es verstehen, wenn er an dieser Stelle über die zur Erörterung gekommenen taktischen Fragen nichts findet. Es ist nicht mehr die Zeit zum Reden, sondern zum Handeln. Es muß alles geschehen, um die bevorstehenden schweren Kämpfe erfolgreich durchzuführen. Die Leitung erwartet Disziplin. Niemand begehre überlegte Handlung. Weist die Provokation von Erchl Mit Zusammen-

fassung aller Kräfte und mit Geschlossenheit wird es den Arbeitern möglich sein, ihre Positionen zu halten und darüber hinaus den Gegner zurückzuschlagen, der die Rechte der Arbeiter beseitigen will. Zunächst gilt es in den Wahlkämpfen am 5. und 12. März der gemeinsamen Liste der in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen zum Siege zu verhelfen und bei den folgenden Betriebsratwahlen die Arbeiterklasse männlich und weiblich zu einer gewerkschaftlichen Einheitsfront zusammenzuschweißen.

Zum Abschluß der Tagung verweist der Vorsitzende Reichel nochmals auf den bedeutungsvollen Wahlkampf, den die Arbeiterklasse zu führen hat. Wir glauben und hoffen, daß die gerechte Sache der Arbeiterschaft den Endsieg davontragen wird über die politische und wirtschaftliche Reaktion. Die Wankelmütigen müssen herangeholt, die Massen gesammelt und in die Reihen der Eisernen Front eingereiht werden, um mit dieser den Sieg zu erringen und für den künftigen Aufstieg die Bahn zu bereiten.

## Wie wird der Betriebsobmann gewählt?

Die Wahl eines Betriebsobmanns ist in den Betrieben vorzunehmen, die weniger als 20 Arbeitnehmer beschäftigen. Die Wahl ist aber nur dann möglich, wenn unter den 19 Arbeitnehmern mindestens 5 Wahlberechtigte, von denen drei wählbar zu sein haben, vorhanden sind.

Wahlberechtigt sind alle mindestens 18 Jahre alten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer, die im Betriebe beschäftigt und nicht mit Ehrverlust bestraft sind. Sind also in einem Betrieb unter 20 Arbeitnehmern hiervon 5 über 18 Jahre usw., dann kann ein Betriebsobmann gewählt werden, wobei allerdings das Folgende noch zu beachten ist:

Wählbar ist, wer am Tage der Wahl mindestens 24 Jahre alt, deutscher Reichsangehöriger, mindestens 6 Monate im Betrieb beschäftigt ist und dem Berufe oder Gewerbe mindestens drei Jahre angehört.

Ein Betriebsobmann kann demnach nur gewählt werden, wenn neben der oben genannten Voraussetzung auch mindestens drei wählbare Arbeitnehmer vorhanden sind. Zu bemerken ist noch: Sind im Betrieb nicht genügend Arbeitnehmer vorhanden, die wählbar sind, so kann allgemein von dem Erfordernis der sechsmonatigen Betriebszugehörigkeit, nötigenfalls auch von dem der dreijährigen Gewerbe- oder Berufszugehörigkeit abgesehen werden.

Der Obmann wird unter der Leitung des ältesten, das heißt am Dienstjahre ältesten Arbeitnehmers des Betriebes, den der Unternehmer zu bestellen hat, die Belegschaft muß natürlich dies veranlassen, als Wahlleiter gewählt. Besteht bereits ein Betriebsobmann, so hat dieser spätestens eine Woche vor Ablauf seiner Wahlzeit einen wahlberechtigten Wahlleiter zu ernennen. In der Bestellung des Wahlleiters hat der Obmann freie Hand.

Die Wahl erfolgt so: Der Wahlleiter besorgt sich eine Wählerliste, in der der Name und die Adresse des Wahlberechtigten eingetragen ist, beauftragt eine Betriebsversammlung an und läßt in dieser Vorschläge für einen Betriebsobmann machen. Von den Vorgeschlagenen wird nun mittels Stimmzettels in geheimer Wahl (der Stimmzettel ist in einem Umschlag zu tun) der Obmann und der Stellvertreter gewählt. Derjenige ist Obmann, der die meisten Stimmen erhält, wer die zweitmeisten erhält, ist Stellvertreter. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Sind mindestens fünf wahlberechtigte Arbeiter und Angestellte beschäftigt, so kann grundsätzlich nur ein gemeinsamer Obmann gewählt werden. Ist aber eine Einigung der Mehrheit der beiden Gruppen nicht zu erzielen, so wählt jede Gruppe einen Obmann. Für jede Gruppe ist dann ein Gruppenwahlleiter zu bestellen, da in diesem Falle getrennt gewählt wird. Lz. P.

## Sittliche Erneuerung im FAD?

Die Verfechter des Arbeitsdienstes werden nicht müde zu behaupten, dieser Dienst diene vor allem, die sittliche Verwahrlosung der Jugend hintanzulassen. In der Tat spielt bei der Propagierung des FAD die sittliche Erneuerung der Jugend eine große Rolle. Den Herren, die dergleichen erzählen, muß man verzeihen, denn sie wissen nicht, was sie reden. Wie steht es in Wirklichkeit um die sittliche Erneuerung der Jugend im FAD? Hiermit lassen wir eines von den vielen gleichsprechenden Schreiben von Dienstwilligen antworten. In dem Schreiben heißt es:

Wenn eine Sitten- oder Unsittengeschichte Deutschlands geschrieben werden sollte, müßte man sich, damit sie wahr ist, deutsche FAD-Lager betrachten. Hier gibt es eindrucksvollen Stoff in Fülle, besonders wohl in der Heimatschule in Mitteldeutschland. Hier herrscht ein Ton, der unter aller Kanone ist. Da gab es zu meiner Zeit Führer, denen die sittliche Erneuerung der Dienstwilligen obliegt, die die Zügel etwas folgendermaßen anredeten: „Du dummes Schwein, ich trete dir gleich in den ... du ekelhaftes Fleischpaket, halt die Schnauze, sonst hanc ich dir in die Presse.“ Das war aber immer noch ein normaler Umgangston, manchmal bediente man sich noch gemeineren Worte.

Die Arbeitswilligen in der genannten Schule leben folgendermaßen: Nur Sonntags und Sonntags nachmittags haben sie Ausgang. Manche von uns hatten nichts anzuziehen und mußten deshalb auch an diesen Tagen in der Kaserne bleiben. Da ist es zu verstehen, daß die Jugendlichen, die sonst ein nor-

## Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin  
Fernsprecher: Dönhoff 6750-6733

Mit Sonntag, dem 19. Februar, ist der 8. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. Februar 1933 fällig.

Vorstand und Erweiterter Beirat haben beschlossen, bis auf weiteres das Beitrittsgeld auf die Hälfte der statutarischen Sätze aus § 3 Abs. 4 zu ermäßigen.

Das Beitrittsgeld beträgt Janach  
für männliche über 18 Jahre alte Personen . . . 50 Pf.  
für weibliche über 18 Jahre alte Personen . . . 25 Pf.  
für Jugendliche beiderlei Geschlechts  
sowie für Lehrlinge . . . . . 15 Pf.

## Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit † bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen wo im Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt“, ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Vorstandsvorsitzende

males Geschlechtsleben führten, in gewissem Sinne abnormal wurden. In den Räumen der Heimatschule drehten sich des Nachts in den Betten die Gespräche nur um erotische Dinge, und um keine sauberen. Verständlich, wenn man weiß, daß 50 junge Männer, darunter welche von erst 16 Jahren, in einem Raum leben, und man kann ahnen, wie es mit der sittlichen Erneuerung des Sechzehnjährigen bestellt ist.

Einmal sang ich mit Kameraden das Lied: „Und wenn wir marschieren, dann leuchtet ein Licht . . .“ Das an sich anständige Lied wurde uns von dem Zugführer verboten, als aber gleich darauf ausgesprochene Zoten gesungen wurden, hatte der Zugführer nichts in Erinnerung.

Ganz arg war die Gesinnungsschnüffelei. Hierbei spielte ein ehemaliger Reichswehrleutnant eine sehr lächerliche Rolle. Es verging fast keine Hauptmahlzeit, in der er nicht seine Walze ableierte: „Ich betone noch einmal, daß wir streng national eingestellt sind, Leute, die international eingestellt sind, haben bei uns nichts zu suchen. Wenn ihr nicht wißt, was ich unter international Denkenden verstehe: es sind alles die von den Demokraten ab nach links.“ Wenn der Herr Leutnant anfang zu reden, verzogen sich gleich die Gesichter zum Lächeln in der Erwartung des Kommenden. Wir wußten den Text der Rede genau so gut wie der Herr Leutnant selber, und amüsierten uns über das hilflose Gestammel dieses Herrn.

Diesem Herrn oblag es auch, täglich die Bestrafungen vorzunehmen. Er schien überhaupt Strafen für ein besonders günstiges Erziehungsmittel zu halten. Es hagelte manchmal nur so mit Strafarbeit, Strafwache, Urlaubsentziehung, und wenn es sich um international Denkende handelte, mit Entlassung. Die Herren konnten sich das leisten. Die Not ist ja grenzenlos, und die Jungen treibt der Hunger dermaßen, daß sie solche Drangsalierungen wortlos über sich ergehen lassen. Ich kann mir nicht denken, daß, wenn man die Not seiner Volksgenossen als Drohmittel benutzt, es besonders sittlich zugehen kann. Darum kann man nicht dringend genug warnen vor sittlicher Erneuerung, wie sie in der Heimatschule Mitteldeutschlands betrieben wird. M. F.

## Aktive Siedlungspolitik

Ein siedelnder Verbandskollege schreibt uns:

Über der Arbeiterschaft hängen seit Jahren unheilischwangere Wolken, die ihr ein Unwetter nach dem anderen brachten. Abbau der Löhne und Unterstützungen, Erhöhung der Steuern und Arbeitslosigkeit ohne Ende.

Das Leben hunderttausender Leidensgenossen ist in Gefahr, in den großen Strudel des Unterganges der kapitalistischen Gesellschaft hineingerissen zu werden. Es gilt die Reihen zu formieren zum Angriff; es gilt die Stellungen zu beziehen, von denen aus dieser Angriff vorgetragen werden kann.

Die Geschichte der Arbeiterschaft ist eine Geschichte heldenhafter Kämpfe, unerhörten selbstlosen Einsatzes vieler Tausender bis zur Selbstaufopferung. Sind die Namen Hunderter mit goldenen Buchstaben im großen Buche der Arbeiterbewegung eingetragen, so wissen wir doch alle, daß der erste Ruhmeskranz den Tausenden von „unbekannten Soldaten“ gelten muß. Wir stehen vor der schwersten Phase unseres Freiheitskampfes. Angriff muß die Parole sein, überall wo eine Gelegenheit sich bietet, und nicht zuletzt in der Siedlung.

Aktive Siedlungspolitik! Siedeln kann ein Verkriechen sein in einen Winkel, in den der Lärm des Tages vielleicht nicht gar so laut hineinschallt, und wo ein paar Krumen mehr zu der Notdurft des Lebens mit unendlichem Schweiß zu beschaffen sind. Siedeln kann aber auch stärkster Fanfarenstoß eines neuen Lebenswillens sein. Wir wollen unser Dasein auf ein neues Fundament stellen. Beginnen wir mit dem Grund. Ein neues Bodenrecht! Millionen Köpfe und Hände feiern. Eine Riesensarmee, die wir in Bewegung setzen können.

Land genug! Wege genug!  
Bis jetzt war Siedlung das Gebiet kläglichster Versuche, gerade gut genug, um zu zeigen, daß es nicht „lohnt“, daß es „zwecklos“ ist, zu siedeln. Die Domäne auch, in der sich Millionen Mark verpulvern ließen durch schmierige Existenzen, wie jener ehemalige Gardeleutnant, der von einer ostpreussischen „Treuhand“ stelle mit der Durchführung von Ansiedlungen betraut wurde und der für 14 (vierzehn) Siedlungen 280 000 M Provision einstrich.

Wir aber wollen „Siedeln“ anders auffassen und anfangen. Tausende von uns haben schon den Mut dazu gefunden. Wir wollen den Vortrupp bilden. Ihr Gewerkschaften, gebt uns die geistigen Mittel in die Hand, schafft Raum zur Behandlung von Siedlungsproblemen, ordnet die Scharen der Mitarbeiter, gliedert Aufgabe und Angriffsfront. Vom gewerkschaftlichen Boden aus, im Rahmen unserer Zusammenarbeit zur Eroberung des Landes, unseres Landes.

Fred Schäfer.



# Das englische Beispiel

## Die Kundgebung der Arbeitslosen in London

Im September 1931 machte, wie noch in Erinnerung sein dürfte, auch die englische Kapitalistenklasse den Versuch, die Kosten der Wirtschaftskrise deren Opfern aufzubürden. Der bedrohte Stand des Pfundes wurde als Gelegenheit oder Vorwand benutzt: Der Gouverneur der Bank von England teilte der Regierung mit, die Bankiers in Newjork und Paris seien zu Vorschüssen zwecks Stützung des Pfundes bereit, aber nur unter der Bedingung, daß die englische Regierung zu Sparmaßnahmen greife, besonders zur Verminderung der Arbeitslosenunterstützung. Es war indessen nicht bloß der finanzielle Vorteil, was die englische Kapitalistenklasse (und mit ihr die internationale) zu dem Vorstoß bewog, vielmehr erhoffte sie, damit die Arbeiterregierung zu mißkreditieren.

Es war und ist immer das höchste Streben der Kapitalistenklasse, unangenehme Maßnahmen durch Arbeiterminister oder Arbeiterregierungen durchführen zu lassen. Der Trick ist oft versucht wurden, und manchmal sogar gelungen. Das Ergebnis war immer Verwirrung oder heftiger Streit, kurz eine empfindliche Schwächung der Arbeiterschaft. Das ist es ja gerade, was die Kapitalistenklasse braucht. Ihr werden aus der Verlegenheit der Arbeiterschaft gewaltige politische und sonstige Vorteile. Darauf hoffte auch die englische Kapitalistenklasse, als sie den Vorstoß gegen die Arbeiterregierung Macdonald unternahm.

In der Regierung waren die Meinungen über die Tunlichkeit, dem Verlangen der Bankwelt zu willfahren, sehr geteilt. Macdonald und sein engerer Kreis hielten dafür, daß man dem Verlangen Rechnung tragen müsse. Die Geschichte von dem kleineren Übel wurde in allen Tonarten abgehaspelt. Macdonald, Thomas und ein paar andere Minister meinten, das kleinere Übel sei jedenfalls die Arbeitslosenunterstützung um 10 vH zu kürzen, zumal ja der Preisindex um 12 vH gefallen sei, das größere Übel dagegen sei der Konflikt mit der Bankwelt, der zum Sturz der Arbeiterregierung und zum Verlust der Machtposition führen könne.

Andere Minister waren der Meinung, gerade das Umgekehrte sei richtig: die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung sei ein weitaus größeres Übel als der Verlust der Machtpositionen, die ja im Grunde nichts anderes bedeuteten, als der Kapitalistenklasse auf Kosten der Arbeiterschaft über ihren Dalles hinwegzuhelfen. Würde man erst einmal anfangen, die sozialen Unterstützungen zu beeinträchtigen, dann gebe es auf dem Wege der sozialen Reaktion kein Halten mehr, und mit den vermeintlichen Machtpositionen sei es dann bestimmt vorbei, aber auch mit der Aussicht, die Verluste bald wieder zurück zu gewinnen.

Über diesen Streit ging die Arbeiterregierung in die Binsen. Macdonald und sein engerer Kreis, der für die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung verantwortlich war, hlogen in weitem Bogen aus der Arbeiterpartei. Nichts, aber auch gar nichts, was die Urheber dieser sozialreaktionären Maßnahme als Gewinn vorausgesagt hatten, traf ein, wohl aber das stracke Gegenteil. Das Pfund sank rapid, die Arbeitslosigkeit stieg weiter, die wirtschaftliche Besserung blieb aus. Aber noch etwas anderes trat ein: die Arbeiterpartei verlor bei den Neuwahlen viele Sitze, deren Zahl ging von 283 auf 49 herunter. War damit nicht bewiesen, daß der Widerstand der Mehrheit der Arbeiterpartei gegen den Unterstützungsabbau das größere Übel war? Hatten nicht Macdonald und sein Kreis recht gehabt?

Gewiß hatte die Arbeiterpartei wider Erwarten viel Mandate verloren, wegen die Konservativen einen in der englischen Geschichte beispiellos großen Mandatsgewinn buchen konnten. Die englische Kapitalistenklasse oder ihre Agenten im Parlament waren klug genug, sich über die Bedeutung ihres Sieges nicht zu täuschen. Obwohl die Konservativen nun eine Mehrheit von vier Fünfteln im Unterhaus hatten, wagten sie selbst nicht, die Sätze der Arbeitslosenunterstützung weiter zu kürzen. Wenn sie dafür keine Arbeiterminister haben konnten, ließen sie es lieber sein. Sie wußten warum.

Ein Aufatmen ging gleich darauf durch die englische Arbeiterschaft, eine Ermütigung, eine Ermannung. Diese Arbeiterregierung war eine heilsame Lektion gewesen. Wie gründlich sie beherzigt wurde, davon konnten wir uns drei Monate später in englischen Gewerkschaftsbüros und Versammlungen genug überzeugen. Man erkannte die alten ziemlich konservativen Trade-unionisten gar nicht wieder, so hatten sie sich radikalisiert. Ein Wandel, der in zahllosen Reden und Aufsätzen der Gewerkschaftspresse zum Ausdruck kommt. Eine Welle der Kraftanstrengung, der Begeisterung flutete über das proletarische England. Die alten „parlamentarischen Hände“, wie Henderson und andere, denen der Wandel der Dinge bedenklich schien, wurden mit eisiger Ruhe angehört, worauf sie die Konsequenz zogen.

Die Wahlniederlage von 1931 war für die Arbeiterpartei nichts als das heilsame Vorspiel für einen neuen Aufschwung. Hierüber sind sich alle Stimmen einig. Wenn man es nicht aus der Presse wüßte, hätte man es kürzlich von dem liberalen Führer Lloyd George vernehmen können. Bei seinem 70. Geburtstag erklärte er einem Vertreter der Londoner News-Chronicle, daß ein massenhafter Zustrom zur Arbeiterpartei im Gange sei, an dem die liberale Intelligenz vollen Anteil habe, wodurch die Arbeiterpartei die geistigen Kräfte bekomme, die ihr sehr erwünscht sein müßten. Diese Erklärung des „waliser Hexenmeisters“ hieß die Frage erörtern, ob er wohl nicht gar in seinen alten Tagen auch die Absicht habe, zur Arbeiterpartei hinüberzuwechseln.

Kein Zweifel, die „nationale“ Regierung Macdonalds ist ein vollständiger Versager. Von allen ihren Weisungen, die sich an das Kabinett der „nationalen Konzentration“ knüpften, ist nicht eine einzige eingetroffen. Bei der nächsten Wahl, die bald eintreffen kann, werden die Konservativen bestimmt nicht mehr die Sieger sein. Die Arbeiterpartei richtet sich darauf ein. Der neueste Beweis hierfür ist die gewaltige Kundgebung der Arbeitslosen, die der Gewerkschaftsbund am 5. Februar in London veranstaltet hat.

Es war dies die größte Kundgebung, die London je gesehen. Ihre Teilnehmerzahl wird von bürgerlichen Zeitungen auf 250 000 bis 300 000 geschätzt. Die einmarschierenden Züge, mit Plakaten und Musikbänden an der Spitze, gaben der Riesenstadt das Gepräge. Die erwerbslosen Landarbeiter kamen hoch zu Ross im Hyde-Park an, Belegschaften auf Lastautos. Lange Züge abgemagert Fabrikmädchen erregten Aufsehen. Geistliche marschierten mit den Erwerbslosen ihrer Gemeinde, Studenten desgleichen.

Es war dies eine Kundgebung der gesamten englischen Arbeiterschaft. Der Zweck der Kundgebung war ein Protest gegen die Bedürftigkeitsprüfung der Arbeitslosen und gegen die Untätigkeit der Regierung, der Arbeitslosigkeit zu steuern. Vor allem aber war die Kundgebung ein deutlicher Beweis von dem Kraftzuwachs und der Kampfschlossenheit der englischen Gewerkschaften. Bei der nächsten Wahl werden sie der britischen Kapitalistenklasse zu einem neuen, einem höchst eindrucksvollen Tänzchen aufspielen.

## Russische Paßverordnung

Die Sowjetregierung hat eine Paßverordnung erlassen, wonach alle Bürger der Sowjetunion, mit einigen Ausnahmen, Pässe erhalten sollen. Diese Verordnung wird allmählich durchgeführt und tritt zunächst in den Großstädten in Kraft. Die Ausgabe der Pässe verfolgt zunächst den Zweck, eine Verschärfung der politischen Überwachung der Bevölkerung zu erreichen. Weit wichtiger ist indessen der Umstand, daß mit der Paßverordnung eine Verstärkung des Klassenkampfes in den Städten beabsichtigt ist. Aus den Reden Stalins und Molotows auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei ging deutlich hervor, daß die Paßverordnung ein Mittel zur Bekämpfung der „Überreste der kapitalistischen Elemente“ sein soll. Gleichzeitig will man dadurch eine Entlastung der Städte, in denen bekanntlich größter Wohnungsmangel herrscht, von „nichtwertaktigen Elementen“ erreichen.

Die „Ekonomscheskaja Shisn“ (vom 15. Januar 1933) veröffentlicht die Ausführungsbestimmungen des Rates der Volkskommissare vom 14. Januar d. J. über die Ausgabe der Pässe in den Städten Moskau, Leningrad und Charkow. Die weiteren Großstädte des Sowjetstaates sollen folgen. Weder das Paßdekret selbst noch die Ausführungsbestimmungen bezeichnen näher diejenigen Personengruppen der Bevölkerung, die keine Pässe erhalten. Zweifellos ist diese Unterlassung deswegen erfolgt, um der Tscheka und der Polizei möglichst freie Hand bei der Durchschiebung der „zuverlässigen“ Bevölkerungsschichten zu geben. Die Ausführungsbestimmungen sagen nur, daß Personen, die in Moskau, Leningrad und Charkow und im Umkreis von 100 oder 50 Kilometer um diese Städte herum keine Pässe erhalten, sich in diesen Städten und Bezirken nicht aufhalten dürfen. Die Organe der Polizei sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß diese Personen binnen einer Frist von zehn Tagen das betreffende Gebiet verlassen. Die Ausführungsbestimmungen gehen sogar noch weiter und bestimmen, daß zugereiste Personen, denen die polizeiliche Anmeldung in den oben erwähnten Städten und Gebieten verweigert wird — wieder ohne Angabe von Gründen —, diese Städte und Gebiete binnen 24 Stunden zu verlassen haben.

Aus verschiedenen Andeutungen der Sowjetpresse läßt sich ungefähr denken, welche Gruppen keine Pässe erhalten werden. Es wird sich offenbar vor allem um sogenannte Spekulanten, Privathändler, die wenigen übriggebliebenen Hausbesitzer und sonstige Personen handeln, die ihren Lebensunterhalt aus „nichtwertaktigen Einkommen“ bestreiten. Die freiwertenden Wohnungen, die durch die Aussiedlung der nicht „paßfähigen“ Elemente geräumt werden, sollen in erster Linie Sturmarbeitern auf Vorschlag ihrer Betriebsräte zur Verfügung gestellt werden.

Nachdem bereits in Leningrad durch Verordnung des Stadtsowjets ein Wohnungsaustauschverbot erlassen worden ist, wobei auch die Weitergabe von Wohnungen und Aufnahme neuer Mieter in Wohnungen ohne Genehmigung des Wohnungsamts verboten wurde, hat auch nunmehr der Moskauer Stadtsowjet laut Wetschennaja Moskwa (vom 9. Januar 1933) ähnliche Bestimmungen erlassen. Diese Bestimmungen gelten für die Dauer der Durchführung der Paßverordnung. Nach der Durchführung der Paßverordnung wird das Wohnungsaustauschverbot aufgehoben, doch soll der Tausch von Wohnungen auf anderen Wegen als bisher erfolgen.

„... Gestern abend sprach der Führer in den allein von den Amtsoverwaltern des Ganzen überfüllten Sportpalast, und seine ganze Rede durchzog wiederum dieses Motto: Herr Gott, laß uns nicht feige sein!“

(Aus dem „Angriff“ vom 29. Januar über die nationalsozialistische Kundgebung im Berliner Sportpalast)



## Fünfzehn Millionen Arbeitslose in Amerika

In den Vereinigten Staaten werden die Arbeitslosen nicht amtlich gebucht, es ist daher unmöglich, genaue Zahlen über die gesamte Arbeitslosigkeit zu erhalten. Mangels etwas Besserm benutzte man die monatliche Umfrage des Gewerkschaftsbundes bei seinen Verbänden und legte dann die Zahl der arbeitslosen Mitglieder auf die Gesamtheit um. Die Mängel dieses Verfahrens liegen auf der Hand, schon weil in Amerika die organisierten Leute durch allerhand Vorkehrungen der organisierten Belegschaft weniger zahlreich ganz erwerbslos oder entlassen werden. Neuerdings hat eine Zeitschrift, Business Week (Geschäftswoche), eine sorgfältige und umfassende Untersuchung vorgenommen, um die ganze Größe der Arbeitslosigkeit zu erfassen. Auf die Untersuchungsmethode des namhaften bürgerlichen Blattes können wir hier nicht eingehen, sondern nur die Ergebnisse mitteilen. Es kommt zu dem Schluß, daß die bisher angegebenen Erwerbslosenzahlen zu niedrig seien, es gebe (November 1932) in den Vereinigten Staaten nicht 11½, sondern 15 Millionen Arbeitslose.

Industrie	Erwerbstätige insgesamt April 1930	Arbeitslos November 1932	Arbeitslos vH
Landwirtschaft	10 482 000	1 786 000	17,0
Försterei u. Fischerei	270 000	108 000	40,0
Bergbau	1 158 000	524 000	45,2
Maschinenbau	14 318 000	6 618 000	46,2
Verkehr	4 439 000	1 684 000	38,1
Handel	7 537 000	1 613 000	21,5
Öffentliche Dienste	1 058 000	114 000	10,8
Freie Berufe	3 426 000	363 000	10,6
Häusliche Dienste	4 812 000	1 692 000	35,2
Verschied. Gewerbe	1 333 000	750 000	56,1
	49 833 000	15 252 000	31,2

Von der Gesamtheit der erwerbstätigen Bevölkerung Amerikas, nämlich von 48,8 Millionen, sind demnach 15,2 Millionen oder 31,2 vH ohne Beschäftigung. Bei der eigentlichen Industriearbeiterschaft ist der Hundertsatz der Unbeschäftigten noch höher. Die Zahl der in der Industrie tätigen Arbeiter beträgt (April 1930) 14,3 Millionen, und davon sind (November 1932) 6,6 Millionen oder 46,2 vH ganz ohne Beschäftigung.

Gewerbe	Erwerbstätige insgesamt April 1930	Arbeitslos November 1932	Arbeitslos vH
Baugewerbe	2 562 000	2 057 000	80,3
Chemie	621 000	180 000	29,0
Tabak	150 000	42 000	28,0
Textil	1 975 000	537 000	27,2
Nahrung	907 000	142 000	15,6
Kalk, Steine, Glas	372 000	184 000	49,5
Eisen, Stahl	2 385 000	1 078 000	45,2
Holz	860 000	462 000	53,7
Leder	374 000	105 000	28,1
Papier und Druck	785 000	189 000	24,1
Metalle	332 000	138 000	41,6
Transportmittel	640 000	369 000	57,7
Alle andern	2 355 000	1 135 000	48,3
	14 318 000	6 618 000	46,2

## Mensch oder Maschine?

J. B. Der tschechische Minister für soziale Fürsorge, Dr. Ludwig Czech, der der Sozialdemokratie angehört, sprach kürzlich vor dem Budgetausschuß des Parlaments über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Da aber diese nicht Wunder wirken könne und die Technisierung der Produktion rastlos weitergehe, müsse die Verkürzung der Arbeitszeit erfolgen, und dies aus zwingenden wirtschaftlichen Gründen. Der tschechische Staat hat im vergangenen Jahr 813 Millionen Kronen für die Arbeitslosenfürsorge aufgewendet, darunter fast eine halbe Milliarde als Staatsbeitrag zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung. Dennoch sei, so betonte der Minister, die Unterstützung der Erwerbslosen unzureichend und deren Fürsorge müsse weiter ausgebaut werden.

Geradezu sensationell aber wirkten die Mitteilungen des Ministers über die weiteren Fortschritte der Rationalisierung in der tschechoslowakischen Industrie. So erfährt man auf Grund der Berichte der Gewerksinspektoren, daß in zwei Zementfabriken anstatt der Formung des Rohmaterials auf Ziegelpressen ein Durchdrücken auf eigenartigen Kollergängen und eine mechanische Zuführung des Rohmaterials zu den Ofen eingeführt wird, was die Entlassung von 140 Arbeitern zur Folge hat. In einem keramischen Betriebe ermöglichte die Mechanisierung die Erzeugung von 8000 Fliesen in einer Stunde, während früher bei derselben Arbeiterzahl nur 400 erzielt werden konnten. Eine Glasfabrik vermag mit Hilfe eines von einem einzigen Arbeiter geleiteten Pantographen 24 Gegenstände auf einmal mit Glasverzierungen zu versehen, während bisher hierzu 24 Arbeiter notwendig waren.

Zur Verbesserung der Produktion von zweiteiligen Knöpfen hat eine Budweiser Metallwarenfabrik automatische Pressen aufgestellt, deren jede die Leistung von zehn Arbeitern ersetzt. Ein Prager Betrieb für Automobilbestandteile hat Schleifmaschinen mit erhöhter Leistungsfähigkeit und Spindelautomaten eingestellt, welche zehn Operationen gleichzeitig ausführen und die Leistungsfähigkeit der alten Maschinen um 60 vH übertreffen.

Eine Wäschefabrik stellte ihre Gesamtproduktion auf Fließarbeit um und vermochte danach trotz Entlassungen von Arbeitskräften ihre Leistungsfähigkeit um 140 vH zu heben. In einer Pilsner Bierbrauerei vermag ein neuereinstellter Bierabziehapparat in einer Stunde 3000 Flaschen zu füllen, das ist fünfmal so viel, als die vordem beschäftigten Arbeiter leisteten. Eine neue Offset-Rotationsmaschine vermag 3000. Fünffarbendrucke in einer Stunde zu liefern, während die alten Steindruckmaschinen nur 500 einfarbige Drucke in derselben Zeit lieferten. In einer Papiersackfabrik wurde eine automatische Maschine eingeführt, die alle Arbeiten von Anbeginn bis zur vollständigen Herstellung des Produktes ohne Zuhilfenahme menschlicher Arbeit vollführt. Eine Essigfabrik in Karpathenrußland arbeitet ohne die leiseste menschliche Nachhilfe den ganzen Tag über selbstständig, ja sie wird sogar tagsüber mittels eines Schlüssels abgesperrt. Die menschliche Arbeit beschränkt sich bloß auf die äußere Bedienung der Maschinenrichtung und auf die Zuführung der Flüssigkeit in den Denaturierungsbottich und des fertigen Produktes in die Gefäße. Ebenso wird eine Weberei gebaut, die bereits durch die Aufstellung der ersten 40 automatischen Webstühle eingeleitet wurde und ein wahres Schulbeispiel für eine menschenleere Fabrik werden wird, wie man über sie bisher nur aus Amerika zu hören bekam. Diese ungeheuerliche technische Entwicklung aber zwingt, so sagte der Minister, zu ganz energischen Maßnahmen, damit die Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert werden können.

Als daraufhin in der Debatte der Industriellensekretär Hodatsch meinte, das Gerede über die 40-Stunden-Woche „beunruhige“ nur die Öffentlichkeit, da schleuderte ihm der sozialdemokratische Minister unter betretenem Schweigen der bürgerlichen Abgeordneten seine Anklage entgegen: Er verstehe nicht, so meinte er, wieso die Vorlage des Ministeriums über die 40-Stunden-Woche jemand beunruhigen könne. Was beunruhige, das sei vor allem die Massenarbeitslosigkeit, der Industriefriedhof, den man heute zu sehen bekomme, und da sei es wohl Pflicht des Fürsorgeministeriums, dafür zu sorgen, daß etwas für die Opfer der Rationalisierung getan werde.



### Finanzlage der Sozialversicherung

Die Einnahmen aus Beiträgen und die gesamten Ausgaben betragen bei Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung:

Jahr	Einnahmen	Ausgaben
1929	4304 Mill. Mark	4372 Mill. Mark
1930	3987 " "	4379 " "
1931	3174 " "	4096 " "
1932	2660 " "	3445 " "

Zwischen 1929 und 1932 ist also ein Rückgang der Einnahmen um rund 1,6 Milliarden eingetreten. Von 1931 auf 1932 beträgt der Rückgang etwa 514 Millionen. Im Jahre 1932 ergibt sich gegenüber 1929 ein Ausgabenrückgang von 927 Millionen. Gegenüber dem Jahre 1931 beträgt er allein 651 Millionen. Diese Senkung der Ausgaben war nur möglich durch einen ganz ungewöhnlich schweren Eingriff in die Leistungen während des letzten Jahres. Invalidenversicherung und Knappschaftsversicherung machen noch heute große Sorgen.

In der Arbeitslosenversicherung, der Krisenfürsorge und der Wohlfahrt betragen die Ausgaben im Rechnungsjahr 1929 1757 Millionen, sie stiegen 1930 auf 2778 Millionen, 1931 auf 3147 Millionen, 1932 werden die Ausgaben 2835 Millionen betragen. In der letzten Zahl spiegeln sich die ganz erheblichen Kürzungen der Arbeitslosenunterstützungen und die rigorosen Bedürftigkeitsvorschriften wider; denn die Arbeitslosenzahl war im vergangenen Jahre noch gestiegen.

In der Arbeitslosenversicherung allein würden 1929 1338 Millionen Mark, 1932 721 Millionen Mark ausgegeben, von Beiträgen wurden 1929 890 Millionen Mark eingenommen, 1932 dagegen 1020 Millionen Mark. Der Beitragsüberschuß von rund 300 Millionen ging mit 50 Millionen Mark an Gemeindefürsorge, mit 250 Millionen Mark an die Krisenfürsorge. Erst Mitte Februar könne man über die zukünftige Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosenversicherung etwas sagen, dann sei normalerweise der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit erreicht.

### Krankenkassenbeiträge bei Kurzarbeit

Es wird uns geschrieben: Nach Anweisung der Krankenkassen, laut der sie nach einer Notverordnung handeln, müssen die Arbeitgeber die bei ihnen versicherungspflichtig Beschäftigten jeweils monatlich bei der Krankenkasse ummelden. Das bedeutet, daß der Versicherte beispielsweise seinem Verdienst vom November entsprechend die Krankenkassenbeiträge für den Monat Dezember festgesetzt erhält, und so geht es laufend weiter. Bei dieser Art der Berechnung tritt für den zeitweisen Kurzarbeiter folgendes ein: Er arbeitet im November in 2 Wochen an 6 Tagen und in

2 Wochen an 12 Tagen, würde also im Dezember, wo er in 4 Wochen an 24 Tagen arbeitet, den Krankenkassenbeitrag in Höhe des Novemberverdienstes zu zahlen haben. Im Januar arbeitet der Betreffende infolge zurückgehender Aufträge in 4 Wochen an 12 Tagen, also 3 Tage je Woche, er muß aber jetzt die Beiträge in Höhe des hohen Dezemberverdienstes leisten. Hinzu kommt noch, daß die Zahlung weiterer Beiträge, und zwar die der Erwerbslosenfürsorge und der Arbeitslosenhilfe, von der betreffenden Krankenkassenstufe abhängig ist. Er muß also auch diese Beiträge bei dem niedrigen Verdienst von 10 bis 20 M bei 3 Arbeitstagen zahlen. Es ist wohl die Frage berechtigt, ob man den Ausdruck Sozial- oder Unsozialversicherung gebrauchen soll. Hinweg mit der unsozialen monatlichen Ummeldung, statt dessen Ummeldung bei jeweiliger Änderung der Arbeitszeit, wobei es gleichgültig ist, ob es von Voll- auf Kurzarbeit geht.

### Gewerkschaftliche Ferienreisen 1933

Die Kulturabteilung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ortsausschuß Leipzig, veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Ortsausschuß Chemnitz der Verlagsgesellschaft Berlin seit Jahren gemeinschaftliche Ferienreisen für Arbeiter, Angestellte und Beamte sowie deren Angehörige. Trotz der schweren Zeit wird auch im Jahre 1933 diese Kulturarbeit nicht eingestellt.

1. Zehn-Länder-Fahrt. Dauer etwa 20 Tage. Beginn 13. Mai. Von Hamburg bis Leipzig 320 M.
2. Dolomiten—Gardasee—Venedig. Vom 25. Juni bis 8. Juli. 225 M.
3. Im Kraftwagen nach dem Harz. Vom 10. bis 13. Juli. 42 M.
4. Nach Nordfrankreich und Paris. Vom 16. bis 23. Juli. 140 M.
5. In die schlesischen Gebirge. Vom 23. bis 30. Juli. 98 M.
6. Fahrt ins Blaue. Vom 30. Juli bis 5. August. 85 M.
7. Im Kraftwagen durch den Thüringer Wald. Vom 7. bis 10. August. 42 M.
8. An die nordische Wasserkante. Vom 13. bis 20. August. 108 M.
9. Mit dem Kraftwagen durch den Schwarzwald und nach dem Bodensee. Vom 20. bis 27. August. 118 M.
10. Nach Jugoslawien. Vom 25. August bis 9. September. 240 M.
11. Nach Rom, Neapel und an die blaue Adria. Vom 3. bis 21. September. 345 M.
12. In die Fränkische Schweiz. Vom 10. bis 16. September. 83 M.

Die Reisen beginnen und enden in Leipzig, mit Ausnahme der Reise Nr. 1.

Auf Wunsch wird der Preis von allen Städten aus berechnet und die Fahrkarte besorgt, zum Beispiel von Berlin bis Berlin. Die Reisekosten sind berechnet bei Anmeldung und Einzahlung von mindestens 10 M bis zum 15. Februar 1933. Bei späterer Anmeldung erhöht sich der Preis.

Wer sich bis zum 15. Februar 1933 ein freies Reiseguthaben von mindestens 10 M anlegt, sichert sich gleichfalls die niedrigste Berechnung und kann sich bis zum 10. Mai die Wahl der Reise vorbehalten.

In dem Teilnehmerbetrag sind alle Kosten, wie Fahrgelder, Hotel, Verpflegung, programmmäßige Ausflüge und Besichtigsgelder enthalten.

### Drahtloses Telefon für jedermann

Im Berliner Tageblatt (Nr. 47) wird ein Gespräch eines holländischen Journalisten mit einem Mitarbeiter des Erfinders Marconi wiedergegeben. Marconi ist es durch Anwendung ganz kurzer Wellen gelungen, eine Verständigung über eine Entfernung von 20 Kilometer herzustellen. Die verwandten Mikrowellen sollen eine neue Epoche in der drahtlosen Nachrichtenvermittlung herbeiführen können. Über eine Entfernung von über 100 Kilometer überwinden sie jedes Hindernis, wie Bäume, Mauern, Wände usw., ohne die geringste Veränderung zu erfahren. Marconi glaubt, daß es nicht mehr lange dauern werde, wo jeder seinen eigenen "Sender" und seinen eigenen Empfangsapparat besitzen werde. Ebenfalls werde in kurzer Zeit für jedermann das Fernsehen ein möglich sein. Die Verwendung von kurzen Wellen hat auch hier außerordentlich fördernd gewirkt. Die Mikrowellen sollen auch gegen atmosphärische Einflüsse geschützt sein. Marconis Mitarbeiter schloß seine Unterredung folgendermaßen: „Marconi ist im Begriff, die gesamte technische Wissenschaft der Gegenwart umzustürzen und sie von neuem zu erschaffen.“ — Das Wunder war immer des Glaubens liebstes Kind. Heute sehen wir, wie Wunder zu Tatsachen werden. Und was heute noch wunschlose Träume sind, kann übermorgen schon Wirklichkeit sein. Anstatt diesen Fortschritt zu genießen, zerfleischt sich der Mensch, indem er sich von Demagogen an der Nase herumführen läßt.

### Termine der Leipziger Frühjahrsmesse 1933

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1933 beginnt Sonntag, den 5. März. Es schließen: die Textilmesse Mittwoch, den 8. März, die Möbelmesse, die Sportartikelmesse, die Bürobedarfsmesse „Jaegerhof“ und die Sondermesse Photo, Optik, Kino Donnerstag, den 9. März, die übrigen Zweige der Mustermesse in der Innenstadt Sonnabend, den 11. März, und die Große Technische Messe und Baumesse auf dem Ausstellungsgelände Sonntag, den 12. März.

# CLUB ist Schrittmacher

der heutigen **3 1/2 Pfennig-Qualität**. CLUB hatte als Erste (!) gesetzlich zulässiges Höchst-Gewicht und schon vor einem Jahr rein macedonischen Tabak. CLUB trotz allen „Anpassungs-Versuchen“ und behält den Vorsprung in der Qualität.



### Ärztliche Versorgung der Erwerbslosen

Die Uneinheitlichkeit der Arbeitslosenhilfe und ihre Aufteilung auf verschiedene Träger macht sich besonders schädlich in der Versorgung des Erwerbslosen mit ärztlicher Hilfe bemerkbar. Gegenwärtig empfängt der Wohlfahrtsverbandslose ärztliche Hilfe von den Gemeinden, denen weder ein ausreichender besonderer Verwaltungsapparat für diese Zwecke zur Verfügung steht, die aber auch nicht über genügende Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen. Gleichzeitig verlieren die Krankenkassen mit dem Ausscheiden der Erwerbslosen aus der Arbeitslosenversicherung einen erheblichen Teil ihrer Beitragzahler, so daß ihr auf eine größere Zahl von Versicherten zugeschnittener Verwaltungsapparat ungenügend beschäftigt wird, ohne daß die Möglichkeit besteht, ihn zu verkleinern, da mit einem Zurückfallen der Versicherten gerechnet werden muß, sobald die Wirtschaftskonjunktur sich bessert. Auch sonst entstehen durch diese Regelung, die es notwendig macht, für ein und denselben Zweck und für ein und dieselbe Bevölkerungsgruppe einen kostspieligen und umfangreichen Verwaltungsapparat an zwei Stellen unabhängig voneinander aufzuführen, erhöhte Kosten. Der Hausarzt wird schneller und sicherer die Krankheit seines Patienten erkennen können als ein freier, von der Stadt angestellter Wohlfahrtsarzt. Vor allem aber leiden unter diesem System die Erwerbslosen selbst, die heute diesem, morgen bei Eintritt der Wohlfahrtsverbandslosigkeit einem anderen Arzt überwiesen werden. Es ist zu fordern, daß der Gesundheitsschutz möglichst in denselben Formen und in derselben Umfang auf die Erwerbslosen aller Kategorien, also sowohl auf die Erwerbslosen der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge, wie auch auf die Wohlfahrtsverbandslosen ausgedehnt wird.

### Neue Schriften

Die internationale politische Verschuldung und die Arbeiterklasse. Verlag Internationale Transportarbeiter-Föderation in Amsterdam-W. — In dieser 110 Seiten starken Schrift, die im Juli 1932 erschien, ist das verwickelte System der internationalen Verschuldung so dargestellt und geordnet, daß sich auch der Arbeiter zurecht findet. Ein starker Teil bezieht sich auf Deutschland, so daß sich der Wert dieser Schrift für unsere Leser noch erhöht.

Neue Welt-Kalender 1933. Preis 50 Pf. Der beliebte sozialdemokratische Kalender aus dem Hamburger Auer-Verlag liegt in seinem 57. Jahrg. vor. Ein Kalender für das proletarische Haus.

Volckmanns Baupläne flugfähiger Flugmodelle. 3. Bauplan: Enten-Modell „ES 120“ von E. Schalk, mit textlichen Erläuterungen. Preis 80 Pf. Verlag C.J.E. Volckmann Nachf. GmbH, Berlin-Charlottenburg 2. — In der im Auftrage des Deutschen Luftfahrt-Verbandes e.V. herausgegebenen Sammlung „Volckmanns Baupläne flugfähiger Flugmodelle“ ist nunmehr der 3. Bauplan erschienen. „ES 120“ ist seiner Bauweise nach ein Stabentmodell mit Gummiantrieb, welches mit einem relativ geringen Zeit- und Unkostenaufwand hergestellt werden kann und entspricht daher besonders dem Wunsche, mit wenig Aufwand große Leistungen zu erzielen. Das Modell ist mehrfach preisgekrönt worden. Es erreichte Höhen von 120 bis 130 Metern, Flugzeiten bis zu 155 Sekunden Dauer und Strecken bis zu 604 Metern. Es ist ferner ein äußerst dankbares Studienobjekt für denjenigen, der sich mit dem Entensystem und dessen Stabilitätseigenschaften vertraut machen will.

Zwei aus unserer Zeit. Von A. Rother. Goldstein-Verlag in Berlin-Niederschönweide. 2,85 M. Dies ist eine etwas zu simple Geschichte eines Angestellten-Pärchens, deren Schreiber zu wenig von der Kunst des Feinzeichnens hat.

Sämtliche hier besprochenen Bücher können durch die Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH, Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148-155, bezogen werden.

### Wer das überblickt

Wer das überblickt  
der schadet sich nach  
meiner  
Überzeugung sehr!

1. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm breit, für hergestelltes, vorzügliches, dicht gefülltes, reines Gorte, das Selbstkammern für besonders feine Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-22**

Wer das lieft,  
der bestellt auf  
jeden Fall sofort!

2. **Weißes Hemdentuch**, 80 cm br., reiner hergestelltes, ganz vorzügliches, besonders dicht gefülltes, reines Gorte, das Selbstkammern für besten, überaus haltbaren Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-25**

3. **Weißes Matotuch**, 80 cm br., ohne Apparat hergestelltes, ganz vorzügliches, sehr dicht gefülltes, reinweißes Gorte, garantiert echt ägyptisch, daher edle, gleichmäßig gelbbräunliche, reine Qualität, für feine Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-29**

Wer solche  
Ware erhält,  
und nicht kann  
über Güte und  
Preis, der sende  
die erhaltene Ware  
auf meine  
Kosten zurück!

4. **Hemdenkragen**, 80 cm breit, ohne Apparat hergestelltes, reines Gorte, mit garantiert echt ägyptischen Streifenmuster. Preis je 100 Meter nur **-26**

5. **Hemdenjezir**, 80 cm breit, vorzügliches, dicht gefülltes, reines Gorte, mit selbstkammern für feine Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-27**

6. **Ungebleichtes Baumwolltuch**, 78 cm breit, ohne Apparat hergestelltes, gute, besonders reißfeste, gleichmäßig dichtes Gorte, für sehr haltbare Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-18**

7. **Ungebleichtes Baumwolltuch**, 140 cm breit, ohne Apparat hergestelltes, gute, besonders reißfeste, gleichmäßig dichtes Gorte, für sehr haltbare Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-36**

8. **Stahl Tuch**, aus Feinstahlgarn, 130 cm breit, ohne Apparat hergestelltes, reines Gorte, weiß, besonders dicht gefülltes, reißfeste, gleichmäßig dichtes Gorte, für sehr haltbare Weißwäsche. Preis je 100 Meter nur **-75**

4400 Arbeiter  
und Angestellte in  
eigenen Fabriken  
und der  
Berufungs-Abteilung

Siehe Seite 75, wo Sie sofort nachfragen, wenn dieses Angebot nicht mehr existiert, aber wenn andere höhere Preise existieren. Bestellung erfolgt per Nachnahme von 4,18,- an; sofortige Lieferung von 4,22,- an.

Josef Witt, Weiden 84 (Opt.)

### Neuerscheinung!

In Kürze erscheint in unserer Verlage eine neue Broschüre:

### Aktienrecht für Betriebsräte

Begründet von Prof. Dr. Dr. h. c. h. E. Kaufmann und Rechtsanwältin Dr. Bergmann. Besonders für Betriebsräte wichtige Fragen werden in gründlicher, doch leicht fasslicher Weise behandelt.

Die Broschüre ist für die Betriebsräte, angestellte Funktionäre, Referenten und alle, die sich für die hier behandelten Fragen interessieren, unentbehrlich. Der Preis wird voraussichtlich 1 RM betragen.

Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes GmbH • Berlin SW 68

**Arbeitsanzüge**  
Sehr gutes  
schwarzes Einsteck 3,90  
Kopfschutz 5,00  
Kopfschutz mit  
Kinnstreifen 6,50

**MERGLER & CO**  
WÜRZBURG 104

**Stichten**  
Praktisches, vorzügliches, schweißes, hand-  
geknüpftes Stichtuch, welches sich leicht waschen  
und bügeln lässt, ist ein wertvolles Geschenk für  
den Mann, der sich für die hier behandelten  
Fragen interessiert, unentbehrlich. Preis je 100  
Meter nur 2,50. Bei 50 Metern nur 2,20. Bei  
100 Metern nur 2,00. Bei 200 Metern nur 1,75.  
Bestellung nach Nr. 11.

**Betten**  
Reinlich, Polster, Stahl,  
mit oder ohne Feder, Kissen,  
Kopfkissen, Fußkissen.

**Kollegen!**  
Lest die neue  
Betriebsräte-  
Zeitschrift

**Schneid-  
maschinen**  
mit Feder  
12 mm RM 1,25  
Werkzeugliche genau.  
Werkstoff: Werkzeugstahl  
Hagen I. W. 22.

### Sonder- Angebot

Neue Arbeitsanzüge aus  
hochwertigen Feinwoll-  
stoffen, selbstkammern ge-  
weht, Gr. 44 bis 54, Jacken,  
Schulterklappen M 3,80  
Arbeitsanzüge einzeln 1,90  
Übersize einzeln 1,90